

# Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela

von

**Friedrich Welsch und Nikolaus Werz**

**Universität Rostock**

Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

1999

HERAUSGEBER: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

REDAKTION: Prof. Dr. Yves Bizeul  
Prof. Dr. Nikolaus Werz

LEKTORAT: Autorenkorrektur  
Dr. Peter Birle, Juliane Edler

HERSTELLUNG DER  
DRUCKVORLAGE: Dr. Peter Birle

ZITAT KURZTITEL: Welsch, Friedrich / Werz, Nikolaus  
Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela/  
von Friedrich Welsch und Nikolaus Werz. - Rostock : Univ., Inst. für Politik-  
und Verwaltungswissenschaften, 1999 - 52 S. - (Rostocker Informationen zu Po-  
litik und Verwaltung; 12)

ISSN Nr.

---

©

Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, 18051 Rostock.  
Jede Form der Weitergabe oder Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Herausgebers.

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock  
Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051 Rostock

Universität Rostock  
Inst. für Politik- und Verwaltungswissenschaften  
18051 Rostock

Tel. (0381) 498 3327 Fax (0381) 498 3328

DRUCK: Universitätsdruckerei Rostock

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einleitung	5
2. Die Kongreß- und Gouverneurswahlen vom 8. November 1998	11
3. Die Wahlergebnisse	14
4. Umfragen und Wahlprognosen	19
5. Die Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen vom 6. Dezember 1998	23
6. Die Endphase des Wahlkampfes	25
7. Der erdrutschartige Wahlsieg von Hugo Chávez am 6. Dezember 1998	35
8. Chavez' Amtseinführung und erste Regierungswochen	40
9. Die Diskussion um die Verfassungsgebende Versammlung und die „Neugründung der Republik“	45
10. Ausblick	49
Literaturverzeichnis	53
Abkürzungsverzeichnis	54

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Stimmenverteilung bei den Wahlen zum Kongreß 1998	16
Tabelle 2: Ämterverteilung im Überblick	16
Tabelle 3: Die Zusammensetzung der Landesparlamente	18
Tabelle 4: Prognosen zur Parlamentswahl (Listenwahl Senat) (in %)	21
Tabelle 5: Prognosen zur Gouverneurswahl (in %)	22
Tabelle 6: Die Präsidentschaftswahl 1998	36

## 1. Einleitung\*

1998 bestand die demokratische Regierungsform in Venezuela seit 40 Jahren. Dennoch kam - im Unterschied zu früheren Jahrestagen - keine Feierstimmung auf. Vielmehr war davon die Rede, daß die venezolanische Demokratie, der in den 70er Jahren sogar eine Modellfunktion für Lateinamerika verliehen wurde, in die tiefste Krise seit 1958 geraten sei. Damals hatte eine zivil-militärische Allianz die zehnjährige Diktatur von General Marcos Pérez Jiménez beendet und damit den Ausgangspunkt für die langjährige demokratische Stabilität gesetzt.

In Venezuela, wo es im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts häufig zu internen Konflikten und längeren Phasen autoritärer Herrschaft gekommen war, beruhte die demokratische Entwicklung seit 1958 auf zwei Grundpfeilern: Zum einen dem *Pacto de Punto Fijo*, der im Jahr des Regimewechsels zwischen den drei damals wichtigsten Parteien - der sozialdemokratisch ausgerichteten *Acción Democrática* (AD), dem christlich-sozial inspirierten *Comité de Organización Política Electoral Independiente* (Copei) und der liberaldemokratisch orientierten *Unión Republicana Democrática* (URD) - mit dem Ziel einer Stabilisierung der Demokratie geschlossen worden war, zum anderen den hohen staatlichen Einnahmen, über die das Ölland je nach Stand der Weltmarktpreise verfügt und die bis in die 80er Jahre eine populistische Verteilungs- und Klientelpolitik ermöglichten.

Der in der Gründungsphase besiegelte politische Konsens zwischen den Parteien und Interessengruppen leitete eine Form des ausgleichenden Regierens vor allem zwischen den beiden Massenparteien AD und Copei ein, die auch als *Guanábana*-Politik bezeich-

---

\* Ein Teil der Umfragedaten wurde im Rahmen eines von der CONICIT (Caracas) geförderten Projektes zur Erforschung der politischen Kultur Venezuelas erhoben. An dem Projekt sind folgende Forschungseinrichtungen bzw. die politikwissenschaftlichen Institute folgender Institute in Venezuela beteiligt: *Centro de Estudios del Desarrollo* (CENDES), *Instituto de Estudios Sobre Administración* (IESA), *La Universidad del Zulia* (LUZ), *Universidad Simón Bolívar* (USB) und *Universidad Central de Venezuela* (UCV).

Friedrich Welsch, geboren 1942, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft der Simón-Bolívar-Universität in Caracas. Lebt seit 1977 in Venezuela, zunächst als Leiter des dortigen sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, dann an der USB. Zur Zeit u.a. Koordinator des o.g. Forschungsprojektes.

Nikolaus Werz, geboren 1952, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Universität Rostock. Im Herbst 1998 im Rahmen eines Forschungsfreisemesters Einladung nach Venezuela durch das Institut für Politikwissenschaft der USB.

net wurde: *Guanábana* ist eine tropische Frucht mit grüner Schale und weißem Fruchtfleisch - grün ist die Parteifarbe der Copei und weiß die der AD. Mit Hilfe der Petrodollars konnte bis Anfang der 80er Jahre die staatliche Verwaltung aufgestockt und sozialer Protest u.a. mit populistischen Ausschüttungen vermieden werden. Wichtig für die Stabilität der Demokratie waren darüber hinaus die Konzentrationstendenzen im Parteiensystem, die Ende der 60er Jahre einsetzten und die langjährige Prädominanz von AD und Copei in Politik und Gesellschaft festigten. Hinzu kamen eine hohe Wahlbeteiligung und die Akzeptanz der Demokratie durch die Mehrheit der ~~Venezolaner~~Venezolaner. des in den 60er Jahren fragmentierten Parteiensystems besaß die AD als klassische Volkspartei (*partido popular*) Venezuelas zunächst eine dominierende Position. Mit den Wahlen von 1973 zeigten sich Züge eines Zwei-Parteiensystems, in dem AD und Copei mehr als 80% der Erststimmen auf sich vereinigen konnten. Seit den Wahlen von 1983 zeichnet sich erneut eine Entwicklung hin zu einem Mehrparteiensystem ab: Bei den Präsidentschaftswahlen 1993 gab es fünf Gruppierungen, die zwischen 10 und 22% der Stimmen erzielen konnten. Während die Copei mittlerweile vom Verschwinden bedroht ist, hat die AD einen deutlichen Einbruch erfahren, sie bleibt aber nach wie vor die stärkste Partei des Landes. In den zurückliegenden 40 Jahren hat die Wahlenthaltung insgesamt zugenommen: 1958 lag sie bei rund 8 Prozent, 1973 sank sie auf 3,5 Prozent, um in der Folgezeit anzusteigen. Bei den Präsidentschaftswahlen 1998 erreichte sie 36%, bei den im November durchgeführten Gouverneurs- und Regionalwahlen lag die Enthaltung sogar bei 46%.

Paradoxerweise hat der Ölreichtum Venezuelas einige der Probleme des Landes hervorgebracht. Der Schriftsteller und Politiker Arturo Usler Pietri hatte schon 1936 in einem für die nationale Geschichte wichtigen Aufsatz gefordert, das „Erdöl auszusäen“. Allerdings erwies sich das „schwarze Gold“ als eine schlecht bzw. ungleich wachsende Pflanze. In ihren Programmen entwarfen die demokratischen Massenparteien Pläne, um den Ölreichtum über eine Erziehungs- und Agrarreform sowie die Verstaatlichung der Erdöl- und Eisenerzindustrien zum Vorteil des Landes und der ärmeren Bevölkerungsschichten zu nutzen. Besonders die AD als größte Volkspartei konnte hier in den Amtsperioden der Präsidenten Rómulo Betancourt (1959-1964), Raúl Leoni (1964-1969) und Carlos Andrés Pérez (1973-1979) eine Reihe von interessanten programmatischen Entwürfen und politischen Erfolgen vorweisen. Die Copei erwies sich während der ersten

Präsidentschaft von Rafael Caldera (1969-1973) als kongenialer Partner. Zunehmend bestätigte sich jedoch der Eindruck, daß die beiden großen Parteien eher zu gut miteinander auskamen und die politische Verständigung zu manchem „faulen Kompromiß“ führte. Besonders seit der Abwertung der Landeswährung Bolívar am „schwarzen Freitag“ (18. Februar 1983) und dem damit schlagartig deutlich gewordenen Ende der Öl-Bonanza wurden die Herausforderungen für das politische System Venezuelas sichtbar.

An erster Stelle muß die Korruption genannt werden. Schon nach der ersten Amtsperiode von Carlos Andrés Pérez, die in die Zeit der Öl-Bonanza der 70er Jahre fiel, waren Einwände wegen Veruntreuung staatlicher Gelder innerhalb der eigenen Partei erhoben worden. Während seiner zweiten Regierungszeit führten neuerliche Vorwürfe zur vorzeitigen Amtsenthebung im Jahre 1993, ein in der venezolanischen Geschichte bislang einmaliger Vorgang. Bis zu Neuwahlen im Dezember 1993 amtierten zunächst der damalige Präsident des Kongresses, Octavio Lepage, und anschließend der renommierte Historiker Ramón J. Velásquez als Interimspräsidenten. Allerdings haben weder die Verurteilung des Ex-Präsidenten Carlos Andrés Pérez und sein mehrjähriger Hausarrest noch die Aufdeckung zahlreicher anderer Korruptionsfälle eine Erneuerung des politischen Systems eingeleitet. Ein dreibändiges Lexikon über die Korruption in Venezuela belegt das Ausmaß des Problems, noch weitaus schwieriger scheint es indessen zu sein, für Abhilfe zu sorgen. Schätzungen gehen davon aus, daß ein erheblicher Teil der auf Auslandskonten in den USA und der Schweiz liegenden venezolanischen Finanzmittel von insgesamt 90 Mrd. US-Dollar auf die Aneignung staatlicher Gelder durch Privatpersonen zurückgeht.

Ein zweites Problem resultiert aus den mit der populistischen Regierungsführung sowie der als Ergebnis der lange Zeit möglichen Aufblähung des staatlichen Sektors übernommenen Verhaltensweisen. Sie werden auch mit dem Wort *facilismo* (Leichtigkeit) umschrieben. Damit wird auf Haltungen verwiesen, die sich Verbesserungen von einem schnellen Reichtum bzw. von staatlichen Wohltaten erwarten. Seit Mitte der 80er Jahre begann sich bei einem Teil der Politiker und Intellektuellen die Einsicht durchzusetzen, daß der Populismus und der auf der Ölrente beruhende, verschwenderische Staat für viele der Fehlentwicklungen verantwortlich seien. Diese Erkenntnis kam in den Programmen aller größeren Parteien im Wahlkampf 1988 zum Ausdruck (Welsch/Werz 1990:74ff.). In ihnen wurde eine Redimensionierung des Staates sowie

eine partielle Privatisierung gefordert. Die Zauberworte lauteten nun: Modernisierung, Effizienz, Demokratisierung und Dezentralisierung. Allerdings verfielen die Spitzenkandidaten im Wahlkampf teils in den hergebrachten populistischen Diskurs, teils waren und sind die Venezolaner auch nicht bereit, in diesen Fragen umzudenken, zumal bei den ärmeren Bevölkerungsschichten der Eindruck vorherrschte, diese Korrekturen würden vor allem auf ihre Kosten gehen.

Als Problem für das politische System erweist sich - drittens - , daß verschiedene Versuche zur Staatsreform zumindest teilweise fehlschlügen oder - wie bei der sinnvollen politischen Dezentralisierung - zunächst zu neuen politischen Spannungen führten. Bereits 1984 erfolgte die Gründung einer „Kommission für die Staatsreform“ (*Comisión Presidencial para la Reforma del Estado* = COPRE). Die von allen Parteien getragene COPRE legte eine Vielzahl von Studien zur staatlichen Verwaltung und Wirtschaft sowie ihrer Reform vor. Die bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts gängige Direktwahl der Bürgermeister wurde wieder eingeführt, gleichzeitig sollen mit der Wahl der Gouverneure durch die Bevölkerung der Regionalismus gefördert und der Zentralismus abgebaut werden. Bei den regionalen Wahlen, die von der bis dahin alles bestimmenden und in fünfjährigem Turnus durchgeführten Präsidentschaftswahl getrennt und 1989 durchgeführt wurden, erzielten regionale Führungspersonlichkeiten und neue Gruppierungen gute Ergebnisse. Dies brachte mehr Demokratie, verkomplizierte jedoch die Politik, die bislang weitgehend nach populistischen Mustern funktioniert hatte. Die Verteilung der Einnahmen zwischen der Zentralregierung und den 22 Bundesstaaten warf neue Fragen auf, gleichzeitig ging der Rückhalt von AD und Copei, die als Organisationen bislang von den populistisch-zentralistischen Methoden der Verteilung öffentlicher Gelder profitiert hatten, zurück. Hier liegt ein Grund für den Einflußverlust der beiden etablierten Parteien AD und Copei, der seit den Wahlen von 1988 stattgefunden hat, von dem aber besonders die Copei betroffen ist.

Die nachlassenden staatlichen Einnahmen und die zunehmende Verarmung breiter Bevölkerungsgruppen, die in der Vergangenheit durchaus die Erfahrung sozialen Aufstieges machen konnten, haben - viertens - zu einer Mischung aus politischer Anomie bzw. einer Zunahme von Formen des sozialen Protestes geführt. Das erste Zeichen dafür war der Aufstand der Armen am 27. Februar 1989 in Caracas und anderen Städten des Landes, der sich gegen das wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmenpaket der im

Dezember 1988 gewählten Regierung von Präsident Carlos Andrés Pérez wandte. Am 4. Februar 1992 kam es dann zum Versuch eines Staatsstreiches nationalistisch-antiimperialistisch auftretender Offiziere, der beinahe geglückt wäre. Ein weiterer sollte am 27. November folgen. Diese beiden Schlüsseldaten der neueren venezolanischen Politik werden dort umgangssprachlich als 4-F und 27-N bezeichnet. Das erklärte Ziel der Putschisten um Oberstleutnant Hugo Chávez Frías war es, Präsident Andrés Pérez zu stürzen und eine Regierung einzusetzen, die „das Vertrauen des Volkes in die politischen Institutionen wiederherstellen sollte“. In der Hauptstadt Caracas scheiterte ihr Putschversuch. Doch bevor Chávez für zwei Jahre in einem relativ komfortablen Militärgefängnis verschwand, rief er in einem ebenso kurzen wie historischen Fernsehauftritt seine Waffenbrüder im Lande dazu auf, die Gewehre niederzulegen. In der Uniform der Fallschirmspringer mit roter Mütze, die mittlerweile zum Symbol der Chavisten avancierte, übernahm er die Verantwortung für den blutigen Vorfall und erklärte, sie seien lediglich *por ahora*, d.h. „fürs erste“ gescheitert. „Por ahora“ wurde bald zum geflügelten Wort mit drohendem Unterton, denn sein Ziel hatte der ehemalige Oberstleutnant nicht aufgegeben.

Innerhalb Venezuelas hat der Parteienverdruss - fünftens - ein auch für lateinamerikanische Verhältnisse hohes Ausmaß erlangt. Umfragen belegen, daß die Parteien ein nur sehr geringes Ansehen besitzen. Alle neueren Gruppierungen reagieren insofern auf die Vorbehalte gegenüber den politischen Parteien, als sie sich als Bewegungen darstellen und bezeichnen. Den Anfang hatte in dieser Hinsicht die 1971 gegründete „Bewegung zum Sozialismus - MAS“ gemacht, die als Abspaltung aus der Kommunistischen Partei Venezuelas (PCV) hervorgegangen war. Bei den Wahlen von 1993 hatte mit dem Ex-Präsidenten Rafael Caldera ein betagter Politiker das Präsidentenamt erreicht, der mit einem populistischen Habitus auftrat und der vor dem damaligen Wahlkampf aus der Copei, die er 1946 unter dem Namen „Komitee der unabhängigen politischen Wahlorganisation“ gegründet hatte, ausgetreten war. Caldera war zu Beginn seiner zweiten Amtszeit über 80 Jahre alt, auch Carlos Andrés Pérez hatte bei seiner zweiten Amtszeit ein vergleichsweise hohes Alter erreicht, das mit dem jugendlichen Durchschnittsalter der Venezolaner stark kontrastiert. Ein weiteres Merkmal der venezolanischen Parteien ist darüber hinaus, daß die „alte Garde“ nur ungern abtritt. Aufgrund dieser vielfältigen

politischen Krisenerscheinungen ist in Venezuela von der Notwendigkeit einer „Wiedererfindung der Legitimität“ (Canache/Kulisheck 1998) die Rede.

Die soziale Verarmung hat - sechstens - in dem vom Ölboom verwöhnten Land ein in der neueren Geschichte unbekanntes Ausmaß erlangt. Für die Amtszeit von Caldera (1994-1999) ergibt sich eine Verringerung des Pro-Kopf-Wachstums um ca. 7,3%, gleichzeitig betrug die Inflation über 900%, die relative und die absolute Armut im Lande nahmen weiter zu (Wirtschaftsbrief 68/1998:6) und die Sozialleistungen sind ebenfalls zurückgegangen. Nach Berechnungen, die auch von den Kandidaten im Wahlkampf aufgegriffen wurden, gelten 80% der Venezolaner als arm. Die Arbeitslosigkeit lag zum Jahresende 1998 offiziell bei 11,3% (EN 21.12.98).

Nach Ansicht vieler Venezolaner und externer Beobachter sind - siebtens - die Leistungen der letzten Regierungen sehr schlecht gewesen. Umfragen kommen in dieser Hinsicht zu eindeutigen Ergebnissen. Nach einer Studie der Weltbank soll Venezuela die schlechteste Regierungsleistung unter den lateinamerikanischen Groß- und Mittelstaaten erbringen. Dabei werden u.a. Aspekte wie Rechtsstaat, Schutz des Eigentums, Korruption durch die Regierung, Qualität der Bürokratie und der öffentlichen Dienstleistungen berechnet. An der Spitze liegen demnach Chile und Argentinien, gefolgt von Kolumbien, Mexiko, Ecuador, Brasilien, Peru und Venezuela (EU 2.11.98). Im Bereich der Schulen seien die Leistungen z.B. schlechter als in Nigeria.

Als Folge der Reformunfähigkeit des politischen Systems und der Enttäuschung über die Parteien ist - achtens - die militärische Option wieder aktuell geworden. Am 4. Februar 1992 unternahm der Offizier Hugo Chávez Frías einen Putschversuch. Er wurde zwar in Caracas niedergeschlagen, worauf auch die erfolgreicheren Aufständischen in der Erdölprovinz Zulia ihre Waffen niederlegten. Der charismatische Chávez erlangte aber durch einen kurzen Fernsehauftritt schlagartig ein hohes Ansehen in der Bevölkerung und konnte sich als Hoffnungsträger der Armen und Entrechteten präsentieren. Präsident Caldera entließ ihn bereits 1994 aus dem Gefängnis, mit dem Ergebnis, daß Chávez neben der zivil-militärischen Bewegung *Movimiento Bolivariano 200* (MBR-200), die vor allem seine Kameraden aus dem Militär umfaßt, noch eine parteiähnliche Gruppierung, *Movimiento V. República*, ins Leben gerufen hat und in den letzten drei Monaten vor den Präsidentschaftswahlen 1998 als aussichtsreicher Bewerber galt. Der Legitimitätsschwund der venezolanischen Demokratie, der Einflußverlust der etablierten

Parteien und sein Charisma haben dazu geführt, daß er als Hoffnungsträger der Armen auftreten konnte.

## **2. Die Kongreß- und Gouverneurswahlen vom 8. November 1998**

Venezuela ist in 22 Bundesstaaten und den Zentraldistrikt (*Distrito Fedral D.F.*) gegliedert. Im Präsidentsystem werden der Regierungschef und der aus zwei Kammern bestehende Kongreß alle fünf Jahre neu gewählt. Die Verfassung vom 23. Januar 1961 geht in den Artikeln 3, 4, 110-115, 140ff. sowie 181-189 auf Fragen des Wahlrechtes ein. Die Durchführung der Wahlen und die Auszählung der Stimmen besorgt die Oberste Wahlbehörde (CNE, früher CSE), das Militär unterstützt den organisatorischen Verlauf der Wahlen in dem sog. *Plan República*.

Am 8. November wurden 23 Gouverneure, 48 Senatoren, 189 Abgeordnete des nationalen Kongresses, 391 Abgeordnete der regionalen Parlamente sowie die venezolanischen Mitglieder des lateinamerikanischen Parlamentes und des Andenparlamentes gewählt.<sup>1</sup> Insgesamt handelte es sich um 651 Ämter. Für die Wahlen 1998 schrieben sich beim CNE 401 Parteien und 50 Wählervereinigungen (*grupos electorales*) ein. Mitte 1999 sollen dann 330 Bürgermeister, 2.438 Mitglieder der Munizipien und 3.267 Gemeinderäte gewählt werden.

Von den Abgeordneten des 1993 gewählten Kongresses waren rund 90% Männer, fast 70% der Kongreßmitglieder wurden wiedergewählt. Die meisten Abgeordneten sind zwischen 46 und 50 Jahren alt.

Seit 1989 werden im Zuge der Dezentralisierung die Gouverneure - mit Ausnahme des Zentraldistrikts - direkt von den Bürgern gewählt, damals waren es 20 Gouverneure, 269 Bürgermeister und 1963 Gemeinderäte. Die AD verlor dabei in neun Bundesstaaten die Gouverneursposten, MAS und *La Causa R* übernahmen auf der Ebene der Bundesstaaten erstmals Regierungsaufgaben. Bei den Regionalwahlen von 1992 erzielte die AD nur noch elf statt bisher sieben Gouverneursposten. Einige Gouverneure aus Oppositionskreisen konnten zulegen und wurden wiedergewählt, darunter Alvarez Paz (im Bundesstaat Zulia), Salas Römer (Carabobo), Carlos Tablante (Aragua) und Andrés Velásquez (Bolívar). Die 1998 erstmals eingeführte Trennung der Gouverneurs- und Kon-

---

<sup>1</sup> Die Wahl von Abgeordneten für das lateinamerikanische und das Andenparlament war den meisten Bürgern unbekannt.

großwahlen von den Präsidentschaftswahlen galt den Traditionsparteien auch als ein Mittel, um den eventuellen Aufstieg von Chávez zu begrenzen. Diese Wahlen wurden daher als Gradmesser für das mögliche Abschneiden von Chávez bei den Präsidentschaftswahlen betrachtet.

Wie bei allen neueren Wahlen wurden auch diesmal eine neue Wahlgesetzgebung erlassen und neue Stimmzettel (*tarjetones*) ausgegeben. Im Vorfeld wurde die Oberste Wahlbehörde, bis dahin der *Consejo Supremo Electoral* (CSE), mit unabhängigen Vertretern neu besetzt und in *Consejo Nacional Electoral* (CNE) umbenannt. Damit sollte der Einfluß der traditionellen Parteien reduziert werden, der in der Vergangenheit häufig in der Öffentlichkeit kritisiert wurde. Die Umbesetzung des CNE im Mai 1998 brachte jedoch gewisse Anpassungsprobleme, zumal erstmals für das Auszählungsverfahren Automaten zum Einsatz kamen. Pläne zum Ankauf von sog. Wahlmaschinen aus den USA hatte es bereits 1973 gegeben.

Ausschlaggebend für die Automatisierung des Auszählungsverfahrens waren u.a. die in der Vergangenheit immer wieder erhobenen Vorwürfe von Wahlfälschungen durch die beiden Statusparteien AD und Copei. Um dem entgegenzuwirken, entwickelten die Venezolaner ein System von Wahlzeugen (*testigos de mesa*) und ergänzten das Wahlverfahren u.a. durch eine nur schwer abwaschbare Tinte, um dadurch eine nochmalige Abstimmung durch ein und dieselbe Person zu verhindern. Eine Automatisierung des Wahlverfahrens, das aus dem automatischen Einlesen des Wahlzettels bestand, sollte ein größeres Maß an Sicherheit gewährleisten. Die 7.000 Auszählautomaten wurden bei der spanischen Firma Indra bestellt und auf den Philippinen hergestellt. Nach Gerüchten soll beim Ankauf ein überhöhter Preis gezahlt worden sein. Die Firma Indra übernahm auch die Wartung der Geräte.

Für die Tätigkeit an den 20.201 Wahltischen wurden insgesamt 233.050 Personen ausgewählt und von der Universidad Simón Rodríguez zu Ausbildungskursen eingeladen. Nach Zeitungsmeldungen wurden die Mitarbeiter an den *mesas electorales* darüber hinaus in 400 Schulen des Landes mit Hilfe von 576 Ausbildern und einem Satellitenprogramm des CNE instruiert (EN 12.10.98). Bevorzugt wurden Akademiker bzw. Studenten ausgewählt (EN 29.9.98). Jeder Wahltisch bestand aus sechs Mitgliedern und zwei Stellvertretern. Allerdings kam es schon im Vorfeld der Wahlen zu Vorwürfen über ein unzureichendes Training der Mitwirkenden. Gleiches galt für das Funktionieren

der Auszählautomaten, an denen rund 80% der Wähler ihre Stimme abgeben konnten, der Rest wurde - zumeist in entlegenen Landesteilen - von Hand ausgezählt. Bei einem Probelauf eine Woche vor der Wahl traten in 10% der Wahllokale in Caracas Probleme auf (EN 2.11.98), ein Ergebnis, das vom CNE als Zuverlässigkeitsbeweis gefeiert wurde, weil ja 90% der Apparate funktionierten. Der CNE war schon vorher durch Zeitungsberichte u.a. über Doppelbesetzung von Stellen ins Gerede gekommen (EU 13.10.98), die möglicherweise auch von Leuten in die Welt gesetzt wurden, die ein Interesse daran hatten, den Wahlvorgang insgesamt zu diskreditieren. Kritik wurde auch an den Stimmzetteln geübt. Sie waren z.T. so klein gedruckt, daß die Namen der Abgeordneten kaum zu lesen waren.

Entsprechende Vorwürfe wurden dann auch nach dem Wahlgang vom 8. November geäußert. Solche Einwände haben in Venezuela eine gewisse Tradition und wurden auch bei zurückliegenden Wahlen von unterlegenen Parteien erhoben. Bei den jüngsten Regional- und Gouverneurswahlen wurde in acht Fällen Widerspruch eingelegt, d.h. praktisch überall dort, wo ein Kandidat des *Polo Patriótico* (Zusammenschluß aus MVR, MAS, PPT, MEP und PCV) unterlegen war.

Wegen der großen Bedeutung der Wahlen waren schon frühzeitig Beobachter aus den USA und Europa im Lande – u.a. der frühere US-Präsident Jimmy Carter. Die Anwesenheit von Wahlbeobachtern und die Stellungnahmen des nordamerikanischen Botschafters in Venezuela wurden in der Presse kritisiert. Alfredo Peña, politischer Kommentator und Journalist bei El Nacional, sprach von „kolonialen Wahlen“ und kritisierte die globalisierten Intellektuellen, die bei der Reform der staatlichen Verwaltung gescheitert seien und sich nun über das Wort „Patria – Vaterland“ lustig machen würden (EN 9.10.98). Als Minister im Präsidentialamt der neuen Regierung hat er nun Gelegenheit, seine Vision der nationalen Staatsreform umzusetzen.

Im Zuge der Dezentralisierung und der Abtrennung der Gouverneurs- von den Kongreßwahlen kam es zu neuen und farbenfrohen Bündnissen auf der Ebene der Bundesstaaten. Parteien identifizieren sich in Venezuela traditionell mit Farben, z.B. AD mit weiß, Copei mit grün, MAS mit orange, MVR mit rot usw. Die Identifikation hilft beim Auffinden der Wahlvorschläge in den Listen und wird von der Bevölkerung übernommen, indem sie die Parteien global als „die Weißen, die Grünen“ usw. kennzeichnet. Mittlerweile kann unabhängig von der politischen Herkunft fast jeder mit jedem koalier-

ren. Die Konstellationen hängen zunehmend von den Einzelpersonen ab und weniger von den Parteien, die keine klare programmatische oder politische Linie mehr vorgeben.

### **3. Die Wahlergebnisse**

Die etwa 11 Millionen im Wählerverzeichnis registrierten Wahlberechtigten waren auf über 8300 Wahllokale aufgeteilt. Knapp drei Viertel der Wahlbevölkerung hatten Gelegenheit, ihre Stimmzettel in Zählautomaten zu deponieren. 5,7 Millionen Wähler beteiligten sich an der Wahl, das entspricht etwa 55%, aber der effektive Stimmenanteil erreichte nur etwa 44%, denn zwischen 15 und 17% der abgegebenen Stimmen waren ungültig. Die Wahlbeteiligung lag damit über der der letzten Regionalwahl (1995: 46%) und erreichte fast die der letzten Präsidentschaftswahl (1993: 60%), aber kann keineswegs schon als Wendepunkt im Wahlverhalten der Venezolaner angesehen werden, den manche gesehen haben wollen. So heißt es in einer Publikation des Obersten Wahlrates: „Der Rückgang der historischen Wahlenthaltung ist bemerkenswert“ (CNE 1998: 17). In diesem Zusammenhang gibt auch zu denken, daß der Ausfall von immerhin fast 550 der 7000 Auszählmaschinen, die die Stimmen von mehr als einer halben Million Wählern registrieren sollten, von den Vertretern des Obersten Wahlrats als eindrucksvoller Erfolg gefeiert wurde, der eine „neue Wahlkultur“ der Venezolaner begründe (ibid.). Die langen Wählerschlangen vor den Wahllokalen belegten eher die Ineffizienz der Wahlorganisation als eine hohe Beteiligung.

Den Wählern wurde eine Engelsgeduld abverlangt, bevor sie ihre Stimme abgeben konnten. Statt den Wahlvorgang zu vereinfachen, komplizierte die automatische Stimmzählung das Verfahren. In nicht wenigen Wahllokalen mußten die Wähler mehrere Stunden unter der Tropensonne ausharren, bis sie an der Reihe waren, mit der Folge, daß die meisten Wahllokale erst Stunden nach dem offiziellen Termin schließen konnten. Hinzu kam, daß die Bekanntgabe der Ergebnisse in den Bundesstaaten sich verzögerte, teils wegen Übermittlungsproblemen, teils wegen Ausfalls von Zählautomaten. Ihren Aufwand konnte die reale Umsetzung der Automatisierung nicht rechtfertigen, weder aus der Sicht der Verfahrensbeschleunigung, noch aus der einer Ergebnislegitimation, denn allenthalben mußte nachgezählt werden, wurden Resultate angezweifelt oder kam es gar zu Protestmärschen.

Die großen Gewinner der Regional- und Parlamentswahlen vom 8. November 1998 waren der Präsidentschaftskandidat Hugo Chávez Frías und der wegen eines Korruptionsvorwurfs in Untersuchungshaft (aus Altersgründen in der Form eines Hausarrests) befindliche Ex-Präsident Carlos Andrés Pérez: dieser kehrte im Triumph auf die politische Bühne zurück und gewann aufgrund seiner neugewonnenen Immunität seine Bewegungsfreiheit wieder, während jenem eine eindrucksvolle Demonstration politischer Stärke gelang, besonders in den bevölkerungsreichen Teilen Venezuelas. Die beiden Antagonisten des Putschjahres 1992 stehen sich also erneut gegenüber, allerdings mit vertauschten Rollen und auf dem Boden eindeutiger politischer Legitimation.

Die Hauptverlierer der Wahl waren die etablierten politischen Parteien, darunter auch die sich nicht als „traditionell“ verstehenden MAS, PPT, LCR und Convergencia, die alle ihre jeweiligen Wahlziele – Stärkung bzw. Festigung der gehaltenen Positionen – verfehlten. Keine politische Gruppierung ist stark genug, ihre Ziele durchzusetzen, ohne sich mit anderen Gruppierungen ins Benehmen zu setzen. Der Wähler unterließ es, auf der nationalen parlamentarischen Ebene eindeutige Gewinner zu definieren, sondern setzte auf Verhandlungslösungen.

Die Machtkonstellation zwischen den politischen Parteien und Gruppierungen auf der Kongreßebene veränderte sich drastisch zugunsten des Patriotischen Pols (MVR, MAS, PPT, MEP, PCV), des Projekts Venezuela und einiger Splitterparteien, hauptsächlich auf Kosten der Christdemokraten (Copei und Convergencia) sowie der ursprünglichen CAUSA R (von der sich die PPT abspaltete). Diese Veränderung spielte sich aber weitgehend innerhalb ideologischer Parteienfamilien ab. So entspricht z.B. die Stärke der Linken bei den Kongreßwahlen von 1993 (MAS und LCR 33%) etwa dem des Patriotischen Pols 1998 (34%), während bei den Christdemokraten eine Fluktuation von Copei und Convergencia (1993: 37%; 1998: 13%) zum Projekt Venezuela (1998: 12%) eintrat, das jedoch den Gesamtverlust des christdemokratischen Lagers nicht wettmachen konnte (s. Tabelle 1).

Im Senat verfügen Acción Democrática und der Patriotische Pol jeweils etwa über ein Drittel der Sitze. Das verbleibende Drittel teilen sich Christdemokraten (einschl. Projekt Venezuela), Causa R, Apertura (die von Expräsident Pérez gegründete Partei) sowie weitere Splitterparteien. Das Abgeordnetenhaus weist eine noch größere Zersplitterung auf: die Zahl der in ihm vertretenen Parteien und Gruppen explodierte von zehn

(1993) auf nunmehr 25. Der Patriotische Pol konnte sich ein gutes Drittel der Sitze sichern, AD verfügt über ein knappes Drittel, die christdemokratische Familie über etwa ein Viertel, und der Rest verteilt sich auf 17 Splitterparteien (s. Tabelle 2).

**Tabelle 1: Stimmenverteilung bei den Wahlen zum Kongreß 1998**

Partei	Abgeordnetenhaus (in %)			Senat (in %)		
	1993	1998	Differenz	1993	1998	Differenz
AD	23	24	+1	24	24	0
MVR	-	21	+21	-	20	+20
Copei	23	11	-12	23	12	-11
PV	-	12	+12	-	10	+10
MAS	11	9	-2	11	9	-2
PPT	-	4	+4	-	3	-3
LCR	21	3	-18	21	3	-18
Convergencia	14	2	-12	13	2	-11
Sonstige	8	14	+6	8	15	+7

Quelle: CNE-Elecciones 1998; CSE 1993

**Tabelle 2: Ämterverteilung im Überblick**

Ämter	Parteien								
	AD	Patriotischer Pol			Christdemokraten			Splitter	
		MVR	MAS	PPT	Copei	PV	CO N	LCR	Sonst.
<b>Gouverneure (23)</b>	8	1	3	3	5*	1	1	1	-
<b>Senat (53)</b>	20	12	5	1	7	3	2	-	2
<b>Abgeordnetenhaus (207)</b>	62	46	18	7	27	20	2	6	16
<b>Landesparl. (391)</b>	145	62	44	15	77	19	9	12	8

Quelle: <http://www.eleccion98.cantv.net>

Für die Besetzung der Führungspositionen im Kongreß verbündeten sich die Regierungsparteien des Patriotischen Pols mit den Christdemokraten (Copei und PV). Das Amt des Kongreßpräsidenten übernahm der MVR-Senator und Ex-Militär Luis Alfonso

Dávila, Präsident der Abgeordnetenversammlung wurde der jüngste Parlamentarier (26 Jahre), Henrique Capriles R. (Copei). Auch die übrigen Ämter im Präsidium gingen an Vertreter dieses Zweckbündnisses, das die stärkste Fraktion in beiden Kammern – AD – von diesem aussperrte .

Trotz der Quotenregelungen bei einigen Parteien – bei AD gilt eine Frauenquote von 30% der Wahlkreis- und Listenkandidaten – sind Frauen im Kongreß nur mit gut 11% vertreten. Offenbar gelingt es ihnen nur in geringem Umfang, sichere Wahlkreise bzw. Listenplätze zu besetzen.

Der venezolanische Kongreß weist einen hohen Bildungsstandard auf, denn nahezu alle Abgeordneten (84%) haben einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluß. Diese Gruppe erreicht in der Gesamtbevölkerung nur etwa acht Prozent. Stark überrepräsentiert ist auch die Mittelschicht, der sich 72% der Kongreßmitglieder zurechnen – ihr Anteil in der Bevölkerung liegt bei etwa 20 Prozent. Die Unterschicht ist mit 22% der Abgeordneten und Senatoren bei drei Viertel Bevölkerungsanteil entsprechend unterrepräsentiert. In beruflicher Hinsicht überwiegen im neugewählten venezolanischen Kongreß die Rechtsanwälte (26%), gefolgt von Ingenieuren (12%), Ärzten (8%) und Lehrern (7%).

Besondere Beachtung verdient die Tatsache, daß die ideologisch sich überwiegend als eher rechtsgerichtet empfindenden Wähler einer ausgesprochen linken Legislative den Vorzug gaben: während über die Hälfte (53%) der wahlberechtigten Venezolaner im November 1998 sich als „rechts“ einstuft und nur 18% als „links“, sehen die neugewählten Parlamentarier ihrerseits zu zwei Dritteln ihren ideologischen Standort „links“, und nur jeder zehnte stuft sich als „rechts“ ein. (Kongreßzensus El Universal, Nov.1998-Jan.1999; Umfrage CONICIT, November 1998).

Die Gouverneure der Bundesstaaten verdanken ihre Wahl weniger ihrem jeweiligen Parteibuch oder dem Segen einer Figur auf der nationalen Bühne als ihrer persönlichen Ausstrahlung und ihrer Fähigkeit, Wahlbündnisse zu schmieden. Vertreter der AD setzten sich – häufig gegen Bündnisse aller übrigen Parteien von Bedeutung – in einem Drittel der Bundesstaaten durch, ebenso wie die der Christdemokraten und des Patriotischen Pols. Die Causa R konnte ihre Bastion in Zulia halten, allerdings nur mit Unterstützung des Patriotischen Pols und der Christdemokraten.

In den Landesparlamenten ist AD mit 36% der Abgeordneten die stärkste Kraft knapp vor dem Patriotischen Pol mit 35%. Die christdemokratische Familie erreichte mit 24% nur ein knappes Viertel der Sitze (Tabelle 3).

**Tabelle 3: Die Zusammensetzung der Landesparlamente**

Bundesstaat	Partei des Gouverneurs	AD	Patriotischer Pol			Christdemokraten			Sons-tige
			MVR	MAS	PPT	Co-peí	PV	Con	
Amazonas	AD	7	-	-	-	2	-	-	2
Anzoátegui	PPT	7	5	-	2	1	1	-	5
Apure	AD	8	5	-	-	-	-	-	-
Aragua	MAS	3	6	10	-	2	2	-	-
Barinas	MVR	6	6	1	-	2	-	-	-
Bolívar	AD	10	3	1	6	-	-	-	1
Carabobo	PV	1	6	2	-	1	13	-	-
Cojedes	AD	6	1	-	-	4	-	-	-
D. Amacuro	Copei/AD	-	-	5	-	3	-	-	3
Falcón	Copei	6	3	-	-	7	1	-	-
Guárico	PPT	7	3	-	5	-	-	-	-
Lara	MAS	6	4	6	-	1	1	-	5
Mérida	AD	7	6	-	-	4	-	-	-
Miranda	Copei	2	5	2	1	10	3	-	-
Monagas	AD	8	7	-	-	-	-	-	-
Nueva Esparta	Copei	6	1	-	-	6	-	-	-
Portuguesa	MAS	9	-	4	-	4	-	-	-
Sucre	AD	10	1	6	-	-	-	-	-
Táchira	Copei	4	3	1	-	9	-	-	2
Trujillo	AD	7	6	-	-	2	-	-	-
Vargas	PPT	6	4	1	1	-	-	-	1
Yaracuy	Convergencia	3	2	-	-	2	-	8	-
Zulia	LCR	11	2	2	-	4	-	-	4
<b>Gesamt</b>		<b>140</b>	<b>79</b>	<b>41</b>	<b>15</b>	<b>64</b>	<b>21</b>	<b>8</b>	<b>23</b>

Quelle: CNE, Elecciones 1998, Buletín, 3. November 1998

Die Wähler haben am 8. November weder den Befürwortern einer radikalen Erneuerung des politischen Systems noch den Systemwählern klare Mehrheiten erteilt. Der Patrioti-

sche Pol konnte sich weder auf der zentralen noch auf der regionalen Ebene als stärkste Kraft etablieren, AD verteidigte – bei Verlusten in einigen Regionen und Gewinnen in anderen – ihre Führung als individuell stärkste Partei, die Christdemokraten büßten politisches Gewicht ein, und die Splitterparteien eroberten parlamentarische Positionen, die zusammengefaßt ein gewisses Verhandlungspotential darstellen. Nur ein knappes Drittel der 23 Gouverneure verfügt in der jeweiligen Länderkammer über Mehrheiten ihrer eigenen Partei, und die Opposition ist in beiden Kammern des Kongresses den Regierungsfractionen weit überlegen, eine Kräftekonstellation, die allen Seiten Verhandlungs- und Verständigungsstrategien nahelegt. Solche Strategien werden von den Bürgern eindeutig bevorzugt: in einer repräsentativen Umfrage kurz vor der Präsidentschaftswahl (CONICIT 1998) sprachen sich vier von fünf Befragten dafür aus, daß eine Regierung ohne parlamentarische Mehrheit sich um Kompromisse bemühen solle.

Die Venezolaner haben in den Regional- und Parlamentswahlen neuen politischen Kräften die Chance gegeben, ihre Regierungsfähigkeit auf der Landesebene unter Beweis zu stellen und die nationale Politik maßgeblich mitzubestimmen. Sie haben den traditionellen Parteien eine Absage erteilt, ohne ihnen jedoch ihre Unterstützung völlig zu entziehen: Das politische Spektrum ist bunter geworden und läßt einen interessanten Wettbewerb um positive Leistungsbewertungen erwarten. Die Wähler wollen tiefgreifenden Wandel, allerdings nicht mit der Dampfwalze von zeitweiligen Mehrheiten durchgesetzt, sondern auf dem Verhandlungsweg austariert zwischen allen Akteuren auf dem politischen Parkett.

#### **4. Umfragen und Wahlprognosen**

Meinungsumfragen wurden in Venezuela erstmals systematisch im Wahlkampf des Jahres 1968 durchgeführt, hatten aber damals keinen maßgeblichen Einfluß auf die wahlstrategischen Entscheidungen und wurden auch in den Medien nicht weiter beachtet. In einer umfassenden Analyse jener Wahl (Myers 1973) werden Umfragen als Informationsquelle für den Wahlkampf überhaupt nicht erwähnt. Zehn Jahre später waren Meinungsumfragen bereits selbst ein zentrales Wahlkampfthema (Penniman 1980). Sie wurden umfassend kommentiert und als „unfehlbare“ Instrumente zur Erfassung der Stimmungslage der Öffentlichkeit präsentiert (Sabato 1988). Im Wahlkampf von 1988 war ihre Einschätzung als strategisch entscheidende Werkzeuge und ihre Instrumentali-

sierung durch die politischen Eliten so offensichtlich, daß man von einem „Krieg der Umfragen“ sprechen konnte (Welsch 1988). Es wurden derart viele in Auftrag gegeben, und ihre Frequenz war so hoch, daß der Wahlkampf in jenem Jahr – gemessen in Ausgaben pro Wähler – zu den teuersten in der Welt gehörte (Penniman 1980; Keller 1988).

Seit den siebziger Jahren werden Umfragedaten nicht nur als Quelle politischer Information in Wahlkämpfen genutzt, sondern auch als Vorgaben für die Politikformulierung und Werkzeuge zur Einschätzung der Wirkung politischer Maßnahmen. Regelmäßige Studien zum „politischen Klima“ vermitteln Investoren aus dem In- und Ausland Einblick in die Einstellungen und Erwartungen der Venezolaner zur jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Lage und ihrer Bewertung der Regierungsleistung.

Meinungsumfragen selbst und ihre Analyse in den Medien haben dazu beigetragen, daß die Wünsche und Vorstellungen der Regierten von den Regierenden eher berücksichtigt werden, aber auch bei den Politikern populistische Tendenzen gefördert und damit das Dilemma offengelegt, daß sie einerseits die Einflußmöglichkeiten der Bürger stärken, andererseits aber politische Führung erschweren (Asher 1992).

Eine Neuerung im Hinblick auf den Einsatz von Meinungsumfragen gab es im Nominierungsprozeß der Kandidaten für die Kommunal- und Regionalwahlen des Jahres 1995. Um die Nominierung transparenter zu gestalten und innerparteiliche Spannungen zu mildern, entschlossen sich die Christdemokraten in mehreren Bundesstaaten, ihre Kandidaten mit Hilfe eigener, zu diesem Zweck georderter Meinungsumfragen auszuwählen. Auch andere Parteien (MAS, AD) bezogen Umfragen als wichtige Entscheidungsfaktoren in die Kandidatenkür ein. Die Ergebnisse entsprachen nicht den Erwartungen, denn parteiinterne Spannungen traten dennoch auf, und in manchen Fällen ließen sich unterlegene Kandidaten auf eigene Faust aufstellen und konnten sich bei den Wahlen dann sogar durchsetzen (z.B. gewann im Bundesland Carabobo der im internen Prozeß der Christdemokraten in Umfragen unterlegene Kandidat).

Die Hoffnung, daß eine Führungsposition in Umfragen Wähler ebenso anzieht wie Spendengelder („bandwagon-Effekt“) hat zur Folge, daß Meinungsbefragungen mit widersprüchlichen Ergebnissen veröffentlicht werden, die z.T. „bestellt“ und umfragetechnisch höchst mangelhaft durchgeführt sind. Die Folge sind gegenseitige Beschuldigungen der Umfragefälschung und, auf lange Sicht, die Diskreditierung des Umfrageinstruments überhaupt.

Der nationale und regionale Doppelwahlkampf von 1998 war keine Ausnahme von dieser Regel. Auf der nationalen Ebene führte Chávez im Endspurt zwar in nahezu allen Umfragen, aber das Lager von Salas Römer sprach von einer Aufholjagd, die in Anzeigen mit Umfragedaten „belegt“ wurde („Letzte Datos-Umfrage: Chávez 38%, Salas Römer 37%; Polarisierungstendenz bestätigt“, Anzeige EU 17-11-98). Insgesamt jedoch lagen die umfragegestützten Prognosen richtig, auch wenn viele die Deutlichkeit des Chávez-Siegs (16 Punkte Vorsprung) unterschätzten.

Ein ähnliches Bild zeigte sich bei den Einschätzungen der Wahlabsicht für die beiden Kammern des Kongresses. Hier konnten die Meinungsforscher ebenfalls ein beinahe zutreffendes Bild der zu erwartenden Kräftekonstellation zeichnen. Zwar überschätzten die Prognosen den Trend zu neuen politischen Gruppierungen wie MVR und Projekt Venezuela auf Kosten der Altparteien, aber insgesamt hielt sich ihr Fehlerspektrum durchaus in einem annehmbaren Rahmen (Tabelle 5).

**Tabelle 4: Prognosen zur Parlamentswahl (Listenwahl Senat) (in %)**

Partei	Meinungsforschungsinstitut				Ergebnis
	Gaither	Cosar	C21	Datanálisis	
AD	18	21	19	20	20
MVR	29	27	28	24	20
Copei	7	8	11	9	12
PV	15	17	18	12	10
Rest	31	27	24	35	33

Demgegenüber weisen die Umfragedaten zu den regionalen Wahlen, insbesondere zu den Aussichten der Kandidaten für die Gouverneursposten, deutlich größere Diskrepanzen auf. Wie aus Tabelle 6 hervorgeht, konnten die meisten Umfragen zwar die jeweiligen Wahlsieger richtig voraussagen (17 der 24 zitierten Studien), aber ihre Genauigkeit hinsichtlich der Stimmenanteile der verschiedenen Kandidaten ließ zu wünschen übrig. Allgemein war eine Tendenz zur Unterschätzung der Stärke der jeweiligen Verlierer zu beobachten.

**Tabelle 5: Prognosen zu den Gouverneurswahlen (in %)**

Bundesland	Institut	Prognose	Ergebnis	Fehler
Anzoátegui	Mercanálisis	Rosas +14	Rosas 35	9
	<i>C21</i>	Rosas +14	<i>Padrón</i> 25	9
	<i>Pronostico</i>	Velásquez +5	Velásquez 25	15
Apure	Pronostico	Montilla 42	Montilla 51	11
Barinas	Datánálisis	Rosales 52	Rosales 41	24
		Chávez 33	Chávez 46	
Cojedes	TGR	Galíndez 51	Galíndez 53	5
		<i>Machado</i> 30	<i>Machado</i> 27	
Falcón	Penn	Curiel 51/Jattar 18	Curiel 49	18
	Insica	Curiel 50/Jattar 20	Jattar 35	16
	E. Escuela	Curiel 51/Jattar 22		15
Guárico	<i>BPG</i>	Silveira 43/Manuitt 20	Silveira 47	31
	Geom	Silveira 36/Manuitt 32	Manuitt 48	27
	UNERG	Silveira 38/Manuitt 40		17
Mérida	<i>IVAD</i>	Dávila 42/León 2	Dávila 42/León 33	31
Miranda	<i>C 21</i>	Mendoza 65/Gruber 17	Mendoza 48	30
	<i>Cambio</i>	Mendoza 36/Gruber 33	Gruber 30	15
Monagas	Datanálisis	Martínez 59/Briceño 27	Martínez 51	25
	Pronóstico	Martínez 58/Briceño 25	Briceño 44	26
N. Esparta	Mercanálisis	Tovar 50/Medina 35	Tovar 9/Medina 41	7
Portuguesa	Pronóstico	Colmen. 44/Hern. 28	Colmen. 49/Hern. 43	10
Sucre	CMO	Meza 30/Gil 28	Meza 37	20
	Coreca	Meza 31/Gil 25	Gil 41	22
Yaracuy	DOXA	Lapi 53/Capdev. 38	Lapi 58/Capdev. 28	15
Zulia	C 21	Arias 9 vor Rosales	Arias 51	1
	Datanálisis	Rosales 12 vor Arias	Rosales 41	22

Quelle: EU, EN Quelle: EU, EN

## **5. Die Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen vom 6. Dezember 1998**

Der Ausgang der Wahlen vom November 1998 blieb nicht ohne Auswirkungen auf den Präsidentschaftswahlkampf. Wie in der Vergangenheit hatten einige Politiker auch deshalb ihre Kandidatur angemeldet, um möglicherweise an späteren Koalitionen bzw. am Stellenkarrusell partizipieren zu können. Bei dieser Wahl kam noch hinzu, daß mit Chávez ein politischer Kontrahent vorhanden war, der einen Rücktritt zugunsten anderer eventuell vor einem Teil des Publikums als einen Dienst im Interesse der Demokratie erscheinen lassen konnte. Insofern mußte das Kandidatenfeld vor und nach dem 8. November anders ausfallen.

Die 1941 gegr. Partei der Demokratischen Aktion (AD) hatte den langjährigen Generalsekretär Luis Alfaro Uceró zum Spitzenkandidaten gewählt. Der Spitzenmann der AD bei den Präsidentschaftswahlen von 1993, Claudio Fermin, der damals 23,6% erzielte, trat zunächst als Einzelkandidat an, zog seine Kandidatur aber nach dem Wahlgang vom 8. November zurück. Der 77 Jahre alte Alfaro Uceró besaß keinerlei charismatische Ausstrahlung. Er galt allgemein als ein Mann des Parteiapparates, dem ein straffer Führungsstil nachgesagt wurde. Neben der AD wurde er von URD, ORA, ONDA, FIN, Renace, Independientes con el Cambio (ICC) und IRE unterstützt. Es wurde allgemein davon ausgegangen, daß er bei den Präsidentschaftswahlen weniger Stimmen erzielen würde als seine Partei bei den Kongreßwahlen.

Die 1946 gegr. christlich-soziale Copei steuerte mit den Wahlen auf einen Höhepunkt ihrer innerparteilichen Krise zu. Rafael Caldera hatte nach seinem Austritt im Juni 1993 mit der Convergencia eine Sammlungsbewegung verschiedener Kleinparteien ins Leben gerufen, die ganz auf seine Person zugeschnitten war. Präsident der Convergencia wurde mit Juan José Caldera ein Sohn des damaligen Regierungschefs. Für die Präsidentschaftswahlen 1998 verzichtete die Copei auf einen eigenen Kandidaten und rief stattdessen zur Unterstützung von Irene Lailín Sáez Conde. Eduardo Fernández, Präsidentschaftskandidat im Jahre 1983, hat sich nahezu vollständig aus dem Parteileben zurückgezogen. Es wird darüber spekuliert, daß er die Gründung einer eigenen Partei nach dem Vorbild des Partido Popular in Spanien erwägt.

Als potentieller Hoffnungsträger der geschwächten Traditionsparteien profilierte sich Enrique Salas Römer. Der 62jährige war ursprünglich Mitglied der Copei, konnte dann

aber als „Unabhängiger“ den Gouverneursposten in Carabobo gewinnen und dort eine recht erfolgreiche Amtsführung vorweisen. Seine Organisation trug den Namen Proyecto Venezuela und versuchte ebenfalls, an das Denken Simón Bolívars anzuknüpfen.

In der Anfangsphase des Wahlkampfes 1998 lag die ehemalige Schönheitskönigin Irene Sáez, venezolanische Miß Universum von 1981, nach Umfragen in der Wählergunst vorne. Für die 37jährige Bewerberin sprach neben ihrer äußeren Erscheinung die Tatsache, daß sie zunächst unabhängig von anderen Parteien antrat und aufgrund ihrer Tätigkeit als Bürgermeisterin in der wohlhabenden Gemeinde von Chacao in Caracas auf eine erfolgreiche Regierungserfahrung zurückblicken konnte. Neben der anfänglichen Unterstützung von Copei, die vor allem auf ihre guten Umfrageergebnisse zurückzuführen war, besaß sie den Rückhalt der *Causa R* um Andrés Velazquez und des *Factor Democrático*. Ihre Organisation hieß einfach IRENE. Sie selbst erklärte im Wahlkampf in Anspielung auf das hohe Alter der letzten venezolanischen Präsidenten: „Laßt die Jugend Venezuelas an die Macht, schickt die alte Garde in Pension, die sollen daheim mit ihren Enkeln spielen.“ Ihr Vorsprung in den Meinungsumfragen begann jedoch zu schmelzen, nachdem sie häufiger im Fernsehen aufgetreten war und der Erdölpreis 1998 zu sinken begann.

Irene Sáez kann sich inzwischen auf dem Gouverneursposten des Inselbundeslands Nueva Esparta (Margarita) über ihre Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen hinwegtrösten. Nach dem plötzlichen Tod des von Copei und MAS gestützten gewählten Gouverneurs Tovar noch vor dessen Amtseinführung wurden im März 1999 Neuwahlen durchgeführt, die sie mit Unterstützung der Christdemokraten und des MVR eindeutig vor dem Kandidaten der AD gewann. Ihre Wahlallianz ist ein Beleg für die pragmatische Offenheit der Parteien, trotz eines aggressiven Diskurses der „neuen“ politischen Bewegungen gegen die Altparteien Copei und AD.

Der ehemalige Oberstleutnant Hugo Rafael Chávez Frías erlangte seine nationale Bekanntheit durch den von ihm angeführten Putschversuch vom 4. Februar 1992. Mit dem 44jährigen kandidierte ein Bewerber, der zunächst versucht hatte, die Präsidentialdemokratie zu stürzen und manu militari die Macht an sich zu reißen. Kritiker werfen ihm nach wie vor ein gestörtes Verhältnis zur liberalen Demokratie vor. Ein heterogenes Bündnis von linken und rechten Parteien unterstützte den Ex-Oberstleutnant: An erster Stelle muß hier die von ihm ins Leben gerufene Bewegung Fünfte Republik (MVR)

genannt werden, die so etwas wie den politischen Arm neben der MBR-200 darstellt. Es folgen die Bewegung zum Sozialismus (MAS), die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV), *Patria Para Todos* (PPT), MEP, *Solidaridad Independiente* (SI), *Independientes por la Comunidad* (IPC) und *Acción Agropecuaria* (AA). Chávez wird also sowohl von Parteien getragen, die Mitglied der Sozialistischen Internationale (SI) sind oder dort einen Beobachterstatus einnehmen, als auch von militärisch-politischen Organisationen.

Von den übrigen Parteien ist noch die *Patria Para Todos* (PPT) erwähnenswert, die 1997 aus einer Abspaltung der *La Causa Radical* (LCR) hervorging. Von den gewählten Vertretern der LCR sind die meisten (26 Abgeordneten und vier Senatoren) zur PPT übergewechselt.

## **6. Die Endphase des Wahlkampfes**

Die Ergebnisse der Wahlen vom 8. November 1998 zeigten ihre Wirkung erst in der letzten Woche vor den Präsidentschaftswahlen. Obwohl die Alternative zwischen dem von Chávez propagierten „patriotischen Pol“ (*Polo Patriótico*) und einem Pol der demokratischen Kräfte schon seit Monaten diskutiert wurde, konnten sich die Parteien erst in den letzten Tagen darauf verständigen, die Stimmen auf einen Kandidaten, d.h. Salas Römer zu konzentrieren. Mehrere Faktoren waren dafür verantwortlich:

An erster Stelle muß die Halsstarrigkeit des langjährigen AD-Generalsekretärs Alfaro Uceró genannt werden, der auf das Drängen seiner Partei zum Rücktritt ablehnend reagierte. Nachdem die Partei ihm zuletzt ohne Erfolg den Posten eines Ehrenpräsidenten auf Lebenszeit angetragen hatte, ging sie unter dem Druck der Verhältnisse so weit, ihn aus der AD auszuschließen. Eine andere Regelung war nach dem Wahlgesetz nicht möglich, da nur bei einem freiwilligen und schriftlichem Rücktritt des Bewerbers die Stimmen auf den bereits gedruckten Stimmzetteln von dem einen Kandidaten auf den anderen übertragen werden können.

Salas Römer, der als unabhängiger Bewerber antrat, mußte wiederum sehr daran gelegen sein, die Distanz gegenüber den Statusparteien zu betonen. Jede Formalisierung dieser Unterstützung - etwa im Sinne eines Paktes für die Demokratie - hätte ihn angesichts der parteiverdrossenen venezolanischen Wähler Stimmen gekostet. Der Spitzenkandidat zeigte sich in den letzten Tagen vor den Wahlen nicht in Begleitung von

Parteiführern, sondern umgeben von den gewählten Gouverneuren und Bürgermeistern von AD und Copei, als deren Sprachrohr er auftrat.

Schließlich wurde die Entscheidung des Obersten Wahlrates (CNE) erst am Montag, dem 1. Dezember 1998 getroffen. Da der Wahlkampf bereits am Donnerstag endete, blieb den Anhängern einer Kandidatur von Salas Römer wenig Zeit, sich auf die neue Situation einzustellen und sie ihren Wählern zu vermitteln. Von dieser Entwicklung profitierte zunächst Chávez, denn sie schien seine These von der Zerstrittenheit der Parteien zu belegen.

Die Unterstützung von Salas Römer durch die Altparteien erlaubte es Hugo Chávez in der Endphase, sich nochmals mit Nachdruck als eigentlicher Vertreter des Volkes darzustellen. Dies versuchte er auch auf der Abschlußkundgebung am 2. Dezember auf der Avenida Bolívar in Caracas auszuschlachten. Unter den mehr als 200.000 Anwesenden dominierten die Anhänger der Bewegung V. República. Auf der Straße wurden rote Mützen, an denen die Anhängerschaft des „Comandante“ (halboffizielle militärische Bezeichnung für den Rang eines Oberstleutnants) zu erkennen war, sein Wahlprogramm mit dem Titel *La Revolución Democrática* sowie Tonbänder mit Musik aus den Llanos verkauft. Mehrere Musikgruppen spielten. Zwar war die Veranstaltung bereits für zwei Uhr Nachmittags angekündigt, Chávez erschien jedoch erst gegen sechs Uhr, um dann auf einem offenen Fahrzeug im Schrittempo die gesamte Avenida bis zum Podium entlang zu fahren. Die gewählten Gouverneure von Zulia und Aragua, Francisco Arias Cárdenas und Didalco Bolívar, standen beim Bad in der Menge an seiner Seite.

Bei seiner Rede trug er die rote Mütze und - wie immer bei seinen Volksauftritten - ein offenes Flanellhemd und darüber einen Pullunder, unter dem politische Beobachter eine schußsichere Weste vermuten. Auf die Darstellung eines Wahl- oder gar Regierungsprogramms verzichtete er nahezu völlig. Nach dem Absingen der Nationalhymne erklärte er: „Nichts und niemand wird den Triumph des venezolanischen Volkes verhindern können“. Er rief seinen Anhänger zur Wachsamkeit auf, „denn wir werden uns die Wahlen nicht rauben lassen“. Das „por ahora - fürs erste“ am 4-F sei nur ein „hasta luego - bis später“ gewesen, das bald eingelöst werde. Seit 20 Jahren kämpfe er gegen die Korruption, nun gehe es darum, den Pakt der Korruption, d.h. den Zusammenschluß von AD und Copei, zu überwinden. Die Berufung auf Helden der venezolanischen Geschichte - wie Simón Bolívar und den Negro Primero - durfte nicht fehlen, von denen

unvermittelt der Sprung zur aktuellen politischen Situation erfolgte. Häufig nahm er auch die Bibel und Gott in Anspruch.

Seine Gegner bezeichnete er als „Toconcha“ (todos contra Chávez - Alle gegen Chávez) und beschrieb sie als „eine Bestie mit grünem Gesicht, weißem Bauch und mit den felligen Pferdefüßen von Frijolito“. Damit spielte er auf die Parteifarben von AD und Copei sowie auf das Lieblingspferd seines Gegners Salas Römer an. Die Allianz aus AD, Copei und Proyecto Venezuela „stellt die Allianz aller Korrupten dar, es ist fast ein Wunder, daß uns die Aufgabe so erleichtert wird“.

Chávez ließ keinen Zweifel an seinem Sieg aufkommen: „Dieser Soldat des Volkes wird die Präsidentschaft übernehmen“. Er rief seine Anhänger dazu auf, den Sieg bescheiden und friedlich zu feiern. Sie sollten die Nationalhymne singen und ansonsten zuhause bleiben. Bereits am 7. Dezember würde eine neue Aufgabe beginnen, nämlich Venezuela wieder aufzubauen. Im Dezember würde eine bolivarianische Weihnacht gefeiert, am 1.1.1999 begänne dann das erste Jahr der V. Republik. Am 15. Februar sollte Angostura, wo der autoritäre Demokrat Bolívar am 15. Februar 1818 den „Kongreß von Angostura“ einberufen hatte, der u.a. einen erblichen Senat und eine moralische Erziehung vorsah, für einen Tag zur Hauptstadt Venezuelas ernannt werden, um dort die Volksabstimmung zur Verfassungsgebenden Versammlung für den 19. April anzukündigen.

Immer wieder wurden mystische Elemente eingeschlossen. Chávez zitierte aus dem Gedicht „Maisanta“, er fühle sich frei wie ein Vogel, sei Krieger des Friedens. Im Verlauf der Rede wurden Bezüge zu Bolívar und Gott hergestellt: „Ich fühle mich von einer mächtigen Kraft erfaßt. ... Ich bin nicht ich selbst“. Hierbei handelt es sich um Sätze und Redewendungen, die in der Vergangenheit in ähnlicher Form auch Populisten und Demagogen wie Perón, Gaitan und Getulio Vargas äußerten, ebenso wie der Befreier Bolívar zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Am Ende seiner Ansprache erhob Chávez seinen rechten Arm zum Schwur, wobei er eine bereits von Bolívar verwendete Eidesformel wiederholte: „Juro por Dios“ erklärte er und rief seine Anhänger ebenfalls dazu auf. Scheitern sei verboten, womit er seiner Sache eine überirdische Bedeutung gab. Während der gesamten Ansprache stand seine Frau Marisela hinter ihm, häufig wurde sie von Tränen erfaßt. Hinter dem Podium befand sich die Aufschrift: „Chávez - un senti-

miento nacional“, die auf eine überparteiliche und nationale Bedeutung des Kandidaten verwies. Dieser Zusatz war auch auf den meisten Wahlanzeigen von Chávez zu finden.

In den letzten zwei Tagen vor der Wahl richtete sich Chávez per Zeitungsanzeigen direkt an die Wähler. „Ich erwarte Euch“, heißt die Überschrift. Am Sonntag gehe es um Ideen und Projekte, um Venezuela zu retten. „Wir sind dabei, zu den eigentlichen Werten unserer Nationalität zurückzukehren“. Und weiter: „Ich bin darauf angewiesen, daß sie mit der neuen Regierung zusammenarbeiten und daß es Mode wird, dem Land zu dienen, um es so aus seiner moralischen Krise zu retten. ... Wir stehen vor einem neuen Tagesanbruch. ... Ich rufe Euch zur Morgenröte des Vaterlandes auf“ (EM 3.12.98). Eine weitere Anzeige hatte folgenden Titel: „Alle auf die Straße, um für Chávez zu wählen! Es reicht nicht, mit einfacher Mehrheit zu gewinnen. Der Triumph muß überwältigend sein, damit die neue Regierung über die notwendige moralische Autorität verfügt, um mit der Korruption und dem Raub in Venezuela aufzuräumen. Um die infame Verschwörung gegenüber der Nation aufzuhalten, müssen wir aufpassen und wählen gehen. ... Der Termin ist am Sonntag, dem 6., auf der Straße, um die Wahlen mit einem Berg von Stimmen zu gewinnen“.

Die Veranstaltung belegte den hohen Organisationsgrad der Bewegung V. República, die auch im Landesinneren entsprechende Fortschritte gemacht hat. Bei den aktiven Chavisten scheint die mittlere Generation zu dominieren, Militärs, die in Venezuela früh pensioniert werden, spielen eine erhebliche Rolle.

Als Populist verzichtet Chávez weitgehend auf eine programmatische Begründung. Der Anteil der Intellektuellen, die an seiner Bewegung teilnehmen, war bis zu dem Wahlsieg gering. Drei wichtige Vordenker der Bewegung, Kleiber, die Universitätsprofessoren J.R. Núñez Tenorio und Pedro Duno, starben noch vor dem Wahlsieg von Chávez. Bei Núñez Tenorio und Pedro Duno handelte es sich um Linksintellektuelle, die in der Vergangenheit mit der Guerilla Verbindung gehalten hatten. Das Wahlprogramm von Chávez mit dem Titel *Una Revolución Democrática* enthält keine ausführliche programmatische Begründung. Der Titel „Eine demokratische Revolution“ bezieht sich möglicherweise auf eine vierbändige Sammlung von Reden und Schriften des Parteigründers der AD und ehemaligen Staatspräsidenten Rómulo Betancourt. Offenbar wird davon ausgegangen, daß die Gedanken der „demokratischen Revolution“ verraten worden seien und nun in veränderter Form wieder aufgegriffen werden müßten.

Die bereits erwähnten, in seinen Reden stets präsenten mystischen Elemente lassen vermuten, daß sich Chávez der wichtigsten Funktionen politischer Mythen bewußt ist: Integration, Mobilisierung und Aufklärung. So wie der Befreier vor fast 200 Jahren mit der Unabhängigkeitserklärung den Grundstein für die nationale Identität Venezuelas gelegt habe, ruft Chávez heute zur Neugründung der Republik und Wiederfindung ihrer Identität durch eine Verfassungsgebende Versammlung auf. So wie vor 200 Jahren die Kolonialmacht Unterdrückung und ihre Verjagung Freiheit bedeutete, ist für ihn das verborgene demokratische System heute gleichbedeutend mit Abhängigkeit und Ausschließung, während die Verfassungsgebende Versammlung Autonomie und Beteiligung mobilisiere. So wie vor 200 Jahren die koloniale Knechtschaft die Korruption förderte und Bildung verweigerte, die Befreiung aber mit Moral und Aufklärung einherging, sei das auslaufende politische Modell heute mit Negativwerten und verwehrten Chancen gleichzusetzen. Demgegenüber verspricht die von Chávez propagierte „demokratische Revolution“ die Wiedererweckung der positiven Werte und aktive Bürger.

Auf den ersten Blick mag dieser Vorschlag zur Umwandlung Venezuelas, diese Mischung aus populistischen und nationalistischen Elementen, so utopisch erscheinen wie das Projekt der Befreiung Amerikas vom spanischen Kolonialjoch vor 200 Jahren. Eine nähere Betrachtung legt jedoch eine andere Wertung nahe. So wie die integristische Vorstellung Bolívars heutzutage aufgehört hat, utopisch zu sein, erscheint vielen Chávez' Transformationsangebot als eine mögliche Option. Es wird schließlich in einem konkreten Rahmen (dem – wie immer verstandenen – „Volk“) dargelegt und offeriert, ausgehend von der Identifizierung der Akteure (Bewegung Fünfte Republik/MVR und ihr charismatischer Führer Chávez), dem Wiederaufbau als Nation mittels eines klar definierten und legitimen Verfahrens (der Verfassungsgebenden Versammlung), welches keinen Fehlschlag dulde. Der Hauptakteur identifiziert sich mit dem idealen Ich (Bolívar, der Befreier) und denen, für die er kämpft (das „Volk“), ist also das Volk selbst, und das Volk ist Befreier, sein eigener Befreier, also Subjekt seines Schicksals.

Salas Römer hatte seinen Wahlkampfabschluß bereits am Wochenende davor in Caracas durchgeführt. Er verzichtete auf eine große Schlußkundgebung, sondern ritt stattdessen mit einer Schar von mehr als zweitausend Reitern durch die Stadt. Der Spitzenkandidat saß auf seinem weißen Pferd „Frijolito“, das in der Presse eine gewisse Bekanntheit erreicht hatte, neben ihm ritt sein Sohn sowie eine ehemalige venezolanische

Schönheitskönigin. Am 2. Dezember führte er eine Veranstaltung mit 15 Gouverneuren durch. Bei diesem Zusammentreffen wurde Salas Römer als derjenige herausgestellt, der das Land einen, die Gesetze beachten und die Freiheitsrechte schützen werde. Verschiedene Redner hoben den Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur hervor. Chávez stehe für Gewalt und Spaltung, dagegen handle es sich bei Salas Römer um einen Politiker, der die Menschen zusammenführen könne. Im Gegensatz zu Chávez, der den Konflikt zwischen oben und unten, zwischen der Oligarchie und dem Volk herausstellte, versuchte Salas zu vermitteln und auszugleichen. Diese Rolle wurde ihm stärker durch einzelne Ausfälle und das Negativimage von Chávez bei einem kleineren Teil der Bevölkerung erleichtert als durch die eigene Person, denn Salas gilt ebenfalls als ein Anhänger autoritärer Maßnahmen. Seine Auftritte hoch zu Roß unterstrichen dies in gewisser Hinsicht. Die späte Unterstützung durch AD und Copei, die erstmals in ihrer Geschichte auf einen eigenen Kandidaten verzichteten, wurde in der Presse auch als „Guanábana con Frijolito“ bezeichnet, womit auf die Copei (grün) und die AD (weiß) sowie auf das besagte Pferd des Kandidaten hingewiesen wurde.

Die Wahlkampagne von Salas Römer war - wenn man einmal von der Allianz mit den Gouverneuren und Bürgermeister absieht - inhaltsarm. Die ganzseitigen Wahlanzeigen der letzten Tage vor dem 6. Dezember lauteten: „Ein Präsident, der verbindet! Salas Römer - Präsident. Der radikale Wechsel“. Eine weitere Anzeige zeigte den Kandidaten im Gespräch mit Bürgern des Landes und mit Staatsmännern und Persönlichkeiten wie Nelson Mandela, Bill Clinton und dem Papst. In den letzten Tagen vor den Wahlen wurden Anzeigen mit Bildern von Erschossenen des 4. Februar 1992 abgedruckt mit der Unterschrift: „Wenn Du wählst, dann denke an Deine Zukunft“. Ein entsprechender Fernsehspot war vom Obersten Wahlrat (CNE) nach einigen Tagen verboten worden. Da in Venezuela der Auftraggeber einer Anzeige nicht angegeben werden muß, war die Herkunft unbekannt. Nur wenige Wahlanzeigen gingen auf die Alternative Demokratie versus Diktatur ein. „Wähle Demokratie. Oben und rechts“, lautete eine Anzeige, deren Auftraggeber - nach der Platzierung auf dem Stimmzettel zu urteilen - die Copei gewesen sein dürfte. „Vorsicht mit dem Mann mit den vielen Gesichtern“ lautete ein weiteres Inserat, womit auf die unterschiedlichen Seiten von Chávez angespielt wurde. In den beiden letzten Tagen vor der Wahl wurden auch Spruchbänder mit der Aufschrift „Vota Democracia“ aufgehängt, wobei die grüne Farbe ein Indikator da-

für war, daß es sich um eine Copei-Anzeige handelte. Insgesamt fiel aber auf, daß die politischen Kräfte, die Salas Römer unterstützten, nur diskret und stets unter Verzicht ihres Parteizeichens inserierten.

Die demokratischen Parteien waren somit in eine selbstverschuldete Defensive geraten. Da sie erst spät zu einem koordinierten Vorgehen zusammenfanden und dies auch nur über die direkt vom Volk gewählten Gouverneure und Bürgermeister, waren sie im Vergleich zu Chávez in einer ungünstigen Position. Offenbar schien ihnen die Parteienherrschaft und die Demokratie so diskreditiert zu sein, daß sie auf das Hervorstreichen von deren Leistungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verzichteten. Immerhin geht die gesamte neuere Entwicklung sowohl des Staates als auch der Sozialleistungen in Venezuela auf die Tätigkeit der Parteien zurück, die lange Zeit die wichtigsten Aufstiegskanäle in der Gesellschaft darstellten.

Zur Schwächung des demokratischen Pols trug auch die Tatsache bei, daß in einem erheblichen Teil der öffentlichen Meinung des Landes die Ansicht verbreitet war, Chávez habe bereits gewonnen. Meinungsartikel in *El Nacional* und *El Mundo* vertraten die Ansicht, daß am 6. Dezember nahezu zwangsläufig ein Entwicklungszyklus zu Ende gehe, der vor 40 Jahren begonnen habe. So schrieb Rodolfo José Cárdenas einen Artikel mit dem Titel „Die Rebellion der Massen“, in dem er die Konfrontation am Wahltag zwischen dem Volk und den „oligarquías octubristas“ mit der Schlacht „La Libertadora“ 1902 verglich, wo sich unter der Führung des Bankiers Manuel Antonio Matos, der der Henrique Salas Römer der damaligen Zeit gewesen sei, die alten Caudillos versammelten. Es handle sich um eine Auseinandersetzung zwischen den Parteileitungen und dem Parteivolk, zwischen den Massen und den elitären Führungszirkeln (EM 3.12.98).

Bestandteil dieser Konstruktion von Chávez-Anhängern aus der schreibenden Zunft war es, die Parteien und die Politiker zu den alleinigen Verantwortlichen der Korruption zu machen. Indirekt wurde damit die gesamte Demokratiegeschichte des Landes verteuelt und umgedeutet. Diese selektive Wahrnehmung zeigt sich auch in den Geschichtsauslegungen von Chávez, der die Militärs als die eigentlichen Motoren der politischen Entwicklung hin zur Demokratie ausmacht und den Sturz des Generals und Präsidenten Isaiás Medina Angarita 1945 durch eine zivil-militärische Allianz unter Führung der AD als ungerechtfertigt darstellt. Nach der Interpretation auf der Grundlage eines der wenigen schriftlichen Texte von Chávez entstand dieses von der AD getragene Entwicklungskonzept 1945-48 und wurde ab 1958 in Allianz mit der Copei fortgesetzt.

lungskonzept 1945-48 und wurde ab 1958 in Allianz mit der Copei fortgesetzt. Obwohl dieses „modelo adecopeyano“ mit den heftigen Reaktionen des Volkes, der Militärs und der Zivilisten am 27. Februar 1989, dem 4-F und 27-N 1992 in eine Krise geraten sei, weigere es sich zu verschwinden. Das alte Entwicklungskonzept sei Bestandteil eines transnationalen Zusammenhanges. Die bisherigen Reformversuche seien davon ausgegangen, daß über eine Staatsreform und das Reformprogramm „Agenda Venezuela“ eine Korrektur des Systems erfolgen könne. „Tatsächlich könnte etwas heranreifen, was noch grün ist, aber wenn etwas so verdorben ist, wie dieses politische System, dann bleibt nur die finale Desintegration“ (Chávez 1996:5). Um aus dem Labyrinth zu entkommen, sei statt der „Agenda Venezuela“ eine „Alternativa Bolivariana“ notwendig. Sie könne den neoliberalen Fundamentalismus beenden, den „Tod des Alten und die Geburt des Neuen“ hervorbringen (1996:6). Eine Neukonstituierung der nationalen Macht sei notwendig. Über die „Verfassungsgebende Gewalt“ solle eine V. - bolivarianische - Republik entstehen. Die von ihm vorgelegte Alternative sei eine Antwort auf das transnationalisierte Entwicklungsmodell. Die Ziele des nationalen Projektes Simón Bolívar lägen in der Zukunft. Am Ende dieser Einführung bezeichnet sich Chávez als bolivarianischen Kommandant.

Wie lauten die inhaltlichen Aussagen? Die Hauptprobleme Venezuelas seien die Armut und die Denationalisierung. Aufgabe sei es, demgegenüber die menschlichen Grundbedürfnisse an die erste Stelle zu rücken und die nationale Unabhängigkeit zurückzugewinnen. Im Erziehungsbereich soll ein Alternativplan mit dem Namen Simón Rodríguez umgesetzt werden, d.h. Erziehung, Wissenschaft und Kultur sollen dem pensamiento Robinsoniano folgen, die Grundbedürfnisse erfüllen, zur Demokratisierung beitragen und eine lateinamerikanische Ausrichtung besitzen. Die Erziehung dürfe nicht nach neoliberalen Gesichtspunkten erfolgen und privatisiert werden, sondern müsse unentgeltlich sein. Im wirtschaftlichen Bereich sollen die endogenen Kräfte gestärkt werden. In den vergangenen Jahrzehnten hätten die Politiker die Demokratie verraten, nun müsse das Volk sie wieder zurückgewinnen. Hauptgegner sind damit die Korrupten in den Parteien, der Wirtschaft und sogar im Militär. Sei ihr Einfluß einmal gebrochen, so die simple Interpretation, dann könne die Politik wieder einen besseren Verlauf nehmen und die Rekonstruktion Venezuelas beginnen. Offenbar liegt dieses Venezuela in der Vergangenheit des 19. Jahrhunderts, womit es sich eher um das Anknüpfen an he-

roische Gesten und Entwürfe handelt als um die Wirklichkeit am Ende des 20. Jahrhunderts.

Auch nachdem sich die Parteien, die sich zur Demokratie bekennen, auf einen Kandidaten verständigt hatten, kam der Wahlkampf nicht mehr zugunsten von Salas Römer in Schwung. Die Parteileitungen von AD, Copei und Proyecto Venezuela einigten sich zwar auf die Mobilisierung der Anhänger- und Mitgliederschaft am Wahltag. Sie gingen davon aus, daß sie wie in der Vergangenheit die Mitglieder- und Anhängerschaften zugunsten ihrer jeweiligen Kandidaten mobilisieren könnten. Demnach würden die summierten Stimmen der Kandidaten, die nun zugunsten von Salas Römer verzichtet hatten, einen Wahlsieg des Kandidaten des „polo democrático“ ermöglichen. Diese Vorstellung ging aber davon aus, daß die Venezolaner nach wie vor von den Traditionsparteien abhängen und die Statusparteien den Zugang zu den entsprechenden Stellen vergeben könnten. Als Ergebnis der begonnenen Dezentralisierung und aufgrund der diversen Auflösungserscheinungen in den hergebrachten Parteien war dies jedoch nicht mehr der Fall. Hinzu kamen der nicht zu unterschätzende Einfluß des Charismas von Chávez und seine populistischen Versprechungen, u.a. die Ankündigung, die Löhne nach seinem Amtsantritt stark zu erhöhen.

Nach Umfragen und der Analyse des Wahlergebnisses nützte die öffentlich bekanntgegebene Unterstützung der Gouverneure für Salas Römer diesem nichts. Bei den Unabhängigen ging die Wahlabsicht für ihn in den letzten Tagen vor der Wahl sogar stark zurück. Dies lag u.a. daran, daß die AD in den Wochen zuvor Salas Römer als den eigentlichen Gegner betrachtet und Chávez heruntergespielt hatte. In den Angriffen auf Salas übernahmen sie teilweise die gleiche Diktion wie die Chavisten. Vermutungen gehen davon aus, daß Generalsekretär Alfaro Uceró sich insgeheim bereits mit einem Sieg von Chávez arrangiert hatte. Sein Kalkül könnte in die Richtung gegangen sein, man solle Chávez zunächst an die Regierung lassen, um nach seinem Scheitern die Bewegung zu beerben. In diesem Zusammenhang wurde auch von den Chavisten als Neo-Adecos gesprochen. Sowohl von ihrer Herkunft, der national-revolutionären Programmatik, ihrem Auftreten und ihrem Diskurs seien sie mit den Anhängern der AD zwischen 1945 und 1948 zu vergleichen. Damals hatten die Adecos nach einem zivilmilitärischen Staatsstreich die Macht übernommen. Die AD-Regierung wurde allerdings 1948 gestürzt. Erst nachdem sie ab 1958 eine Regierung auf einer breiteren politischen

Grundlage und in Allianz mit anderen Parteien begründeten, waren ihre Bemühungen von Erfolg gekrönt.

Die Überlegungen von Alfaro Uceró u.a. liefen auf eine Wiederholung der einmal gemachten historischen Erfahrungen hinaus. Sie verkannten den veränderten Kontext und die Tatsache, daß ein solcher Kurs die Aufkündigung des bislang in Venezuela mit einem gewissen politischen Erfolg praktizierten Konsensprinzips bedeuten würde.

Die möglichen Konsequenzen eines Wahlsieges von Chávez wurden in der Presse des Landes kaum diskutiert. Von den namhaften Intellektuellen sprachen sich Arturo Uslar Pietri und Juan Liscano für Salas Römer als Kandidaten aus. Entgegen der Äußerung eines venezolanischen Politikers, daß sich das Volk nie irren würde, so Uslar Pietri, sei dies tatsächlich häufig der Fall gewesen (El Globo 2.12.98). Auch zwei bekannte Mitglieder des MAS, Eloy Torres und Rafael Guerra Ramos, äußerten sich in diese Richtung. Autoren wie Manuel Caballero nahmen gegen den Ex-Putschisten Stellung. Caballero veröffentlichte am Wahlsonntag einen Artikel in El Universal mit dem Titel D-Day, in dem indirekt ein Vergleich mit der Wahl Adolf Hitlers gezogen wurde.

Ein Bekenntnis einer Reihe von Intellektuellen zugunsten von Chávez war am 3. Dezember in einer Anzeige in El Universal erfolgt. Bis auf einzelne Ausnahmen handelte es sich dabei aber um weniger bekannte Personen, von denen viele aus dem Landesinneren stammten. Allerdings besitzt Chávez die passive Zustimmung einer erheblichen Zahl von Professoren und Dozenten der Zentraluniversität UCV in Caracas, die auch auf der Abschlußkundgebung seines Wahlkampfes präsent waren. Hierbei handelt es sich teils um ehemalige Linke und Anhänger der Guerilla, die traditionell der liberalen Demokratie distanziert gegenüberstehen und ihre Erwartungen nun auf diesen neuen vermeintlichen Hoffnungsträger übertragen haben, teils um Wissenschaftler, die in dem zunehmend internationalisierten Wissenschaftszusammenhang den Anschluß zu verlieren drohen und möglicherweise auch von einem Ressentiment gegenüber den erfolgreicherer Kollegen an den Forschungsinstituten und privaten Universitäten geleitet werden. Auch gilt es, die erfahrungsgemäß große Gruppe der Opportunisten sowie schließlich die kleinere der echten Idealisten und Nationalisten zu berücksichtigen. Insofern war klar, daß bei einem Wahlsieg von Chávez die Zahl seiner Anhänger schlagartig zunehmen würde.

Ein Ruck zugunsten der repräsentativen Demokratie fand in Venezuela nicht statt. Unter Intellektuellen wurde Chávez heruntergespielt und unterschätzt. Von den großen Tageszeitungen unterstützte ihn *El Nacional*. Dies mag zum einen mit der Diskreditierung der Demokratie im Lande zusammenhängen, zum anderen mit einer allgemein sehr kurzfristigen Orientierung der Politik in Venezuela. Möglicherweise hat es auch damit zu tun, daß die konkrete Erfahrung einer Diktatur sehr weit zurückliegt. Dennoch ist der Gleichmut vieler Intellektueller insofern überraschend, als das Ölland in den 60er und 70er Jahren ein wichtiges Aufnahmeland für Exilsuchende aus vielen Nachbarländern war. Damals hatte der venezolanische Kongreß z.T. über 100 Politiker - vor allem aus Chile - auf seiner Gehaltsliste. Mit der Konferenz von Caracas 1976 begannen die erneuten Aktivitäten der Sozialistischen Internationale in Lateinamerika, und die Regionalorganisation der lateinamerikanischen Christdemokraten ODCA befindet sich in Caracas. Von dieser Seite sind - von einzelnen Personen wie José Rodríguez Iturbe abgesehen - keinerlei politische Erklärungen erfolgt. Dies hängt auch damit zusammen, daß sowohl die Christdemokraten als auch die Sozialdemokraten ein ambivalentes Verhältnis zu Chávez besitzen. So unterstützte die Copei in Zulia die Kandidatur eines Chavisten bei den Gouverneurswahlen, und in dem Parteienbogen, der am 6. Dezember für den Kommandanten eintrat, fand sich mit MEP und MAS sowohl eine Mitgliedspartei als auch eine mit Beobachterstatus in der SI.

## **7. Der erdrutschartige Wahlsieg von Hugo Chávez am 6. Dezember 1998**

Die Ergebnisse des Wahlabends bestätigten die Wahlprognosen zugunsten von Chávez. Da die CNE keine Ergebnisse veröffentlichen darf, solange einzelne Wahllokale geöffnet sind, gab es bis 18.30 im Fernsehen keine Schätzungen und Hochrechnungen. Inoffiziell sickerte indessen durch, daß Chávez einen großen Vorsprung hatte.

Der vermutete Wahlsieger trat unmittelbar nach der ersten Veröffentlichung des CNE um 18.30 zu einer Erklärung vor die Presse. Im Vergleich zu seiner Rede bei der Abschlußkundgebung vier Tage zuvor handelte es sich um einen recht besonnenen Auftritt. Es habe sich um einen angekündigten und von ihm erwarteten Sieg gehandelt, ausländische und inländische Investoren könnten unbesorgt sein. Selbst bei dieser kurzen Stellungnahme konnte er seine militärische Herkunft nicht verbergen: Die Prinzipien

des Krieges würden in Krieg und Frieden gleichermaßen gelten, erklärte er eher beiläufig.

Chávez' vergleichsweise besonnener Ton ging im weiteren Verlauf des Abends verloren. Bei einer Pressekonferenz um 21.00 im Ateneo de Caracas fielen seine langatmigen Antworten und die Neigung, die Fragen der Journalisten zu bewerten, ebenso auf wie das Verhalten eines Teils der anwesenden venezolanischen Journalisten, die die nebulösen Ausführungen des gewählten Präsidenten mit Beifall bedachten. Zu den Eigentümlichkeiten vieler Journalisten und Venezolaner gehört die Gepflogenheit, Chávez als Kommandanten anzusprechen. Allerdings tat dies auch der Vize-Präsident des Europäischen Parlamentes am Wahlabend im venezolanischen Fernsehen.

**Tabelle 6: Die Präsidentschaftswahl 1998**

Kandidat	Stimmen	%
Chávez	3,7 Millionen	56
Salas Römer	2,5 Millionen	40
Andere	0,3 Millionen	4
Wahlbeteiligung	7 Millionen	64
Gültige Stimmen	6,5 Millionen	94
Ungültige Stimmen	0,5 Millionen	6

Quelle: CNE, Estadísticas electorales

Während der Pressekonferenz kündigte Chávez an, daß er eine „nicht-sektiererische“ Regierung begründen und auch AD und Copei - Mitglieder aufnehmen werde. Das von ihm in der Presse vermittelte Bild eines potentiellen Diktators sei falsch, er glaube, die Einstellungen (*creencias*) des venezolanischen Volkes zu kennen. Als Verkörperung einer nationalen Bewegung äußerte er sich u.a. zu einer wahren Demokratie. Ausdrücklich wurde auf die Gefallenen des 4-F verwiesen, denn sie seien stets präsent. Einige Teilnehmer des Putschversuches vom 27-N standen während der Ansprache hinter ihm. Seine Frau und seine Eltern saßen in der ersten Reihe. In Zukunft müßten die Streitkräfte stärker an der nationalen Entwicklung partizipieren, als Folge des *Pacto de Punto Fijo* seien sie in der Vergangenheit ausgegrenzt worden. Wer keine Steuern zahle, werde im Gefängnis landen. Die Auslandsschuld könne in der bisherigen Höhe nicht mehr

bezahlt werden. Indirekt kündigte er an, daß er im Jahr 150.000 neue Wohnungen bauen werde.

Die Antworten auf Fragen der Journalisten fielen langatmig aus. Der Rechtsstaat funktioniere nicht und das Gesundheitswesen sei desolat, Hilfe könne nicht allein vom Staat kommen. Um eine bessere Gesundheit zu erlangen, sollten die Menschen weniger Fett essen und mehr Sport treiben. Straßenkinder dürfe es nicht mehr geben. Chávez bekannte, ein eifriger Leser zu sein, er halte es bei den inhaltlichen Aussagen allerdings mehr mit Jesus als mit Thomas Hobbes. Die Militärs bezeichnete er als seine Brüder. Als Offizier habe er das Kommandieren gelernt, was er nun zeigen werde. Wenn der 1958 gestürzte General Marcos Pérez Jiménez es wünsche, könne er aus dem Madrider Exil wieder ins Land zurückkehren. Die Verfassungsgebende Versammlung werde Ausdruck eines neuen Sozialvertrages sein. Mit seiner Wahl finde ein Wechsel in der Geschichte statt. Später kündigte er an, Venezuela habe damit bereits das 21. Jahrhundert erreicht.

Während der Pressekonferenz warteten Tausende von Anhängern vor dem Ateneo im Zentrum von Caracas. Erst gegen Mitternacht kam Chávez, jetzt im offenen weißen Hemd, zu ihnen. Eingangs stimmte er die Nationalhymne an. „Que gran pueblo el de Simón Bolívar“ (Was für ein großes Volk, das von Simón Bolívar), lauteten seine ersten Worte. Die Anwesenden antworteten mit dem aus der Regierung der Volkseinheit in Chile 1970-73 bekannten Satz: „El pueblo unido jamás sera vencido“ (Das vereinte Volk wird niemals besiegt). Die Venezolaner seien kein Volk von Korrupten, sondern von Befreiern. Auch hier erinnerte er an den 4-F, denn der 6. Dezember sei die Fortführung und Kulmination eines Prozesses, der mit dem Versuch einer Militärrebellion 1992 eingesetzt habe. Gott habe ihnen den Weg gewiesen. Hugo Chávez gehöre gar nicht sich selbst, sondern dem Volk, vor dem er sich verbeuge. Das bolivarianische Volk werde die Regierung anführen: „Ich werde der Präsident des Volkes sein“. Er dankte Gott und den Anwesenden. Erinnert wurde auch an den Satz Bolivars, der einmal gesagt haben soll, er hoffe, mit seinem Tod zu einem Ende des Parteienstreites beizutragen. Schließlich sei das Vaterland für alle da und nicht allein für die Parteien. Nun könne die Wiederauferstehung Venezuelas beginnen, dieses Jahr würden die landestypischen hallacas bolivarianische hallacas sein. Da er ein nationaler Führer sei, habe er keinerlei Resen-

timents gegenüber anderen. In der Außenpolitik sollten Lateinamerika und die Karibik Priorität besitzen.

„Venezuela ist ein Volk der Freiheit“, sagte er gegen Ende. „Niemals werde ich Euch verlassen. Ich bitte um einen Applaus für die Compañeros vom 4-F und 27-N. Immer bin ich in Verbindung mit Euch gewesen. Ab heute wird meine Hingabe total sein. Heute bitte ich um Unterstützung. Die Schwarzen und die Weißen, die Reichen und die Armen. Rechnet für immer mit mir. Wir sind vor der Zeit im 21. Jh. angekommen. Ich liebe Euch alle. Tausend Dank. Möge Gott uns begleiten“. Er wiederholte den ursprünglich von Bolívar geleisteten Schwur, den er auch auf der Abschlußkundgebung erwähnt hatte: „Ich schwöre beim Gott meiner Eltern, bei meiner Ehre und für mein Vaterland, daß mein Arm und mein Geist nicht eher ruhen werden, bis wir die Ketten zerbrochen haben, die das Volk Venezuelas wegen des Einflusses der Korrupten unterjochen“. Am Schluß wurde erneut die Nationalhymne angestimmt.

Das Wahlergebnis verdeutlicht vor allem die Diskreditierung der etablierten Parteien. Für Irene Sáez bedeutete die offizielle Unterstützung durch die Copei das Ende ihres Höhenfluges in den Umfragen, auch wenn die Copei in der Endphase des Wahlkampfes diese Unterstützung wieder zurückgezogen hatte. Nicht anders erging es am Ende Salas Römer: Auch hier erbrachte die kurzfristig bekanntgegebene Unterstützung durch AD und Copei nur einen minimalen Stimmenzuwachs. Und dies obwohl die Mobilisierung durch die Altparteien AD und Copei am Wahltag vor allem in den Einzelstaaten durchaus funktionierte. Offenbar wählten die vermeintlichen AD und Copei - Anhänger im Wahllokal dann aber Chávez, denn nur so läßt sich das hohe Wahlergebnis für ihn erklären.

Zum einen handelte es sich um eine Protestwahl gegen die Altparteien, die mittlerweile so diskreditiert erscheinen, daß selbst die Unterstützung für einen vermeintlich unabhängigen Kandidaten diesem zum Nachteil gereicht. Zum anderen wählten über 90% der Bürger Kandidaten, die einen „radikalen“ Wechsel versprachen. Dabei entschieden sich die meisten für die stärkere Protestvariante, d.h. für Chávez. Aber auch Salas Römer (Cambio Radical) und die schöne Irene (Generationenwechsel) versprachen einen rasanten Wandel. Allerdings gehört das Versprechen von durchgreifenden Veränderungen zu den Konstanten der Wahlkämpfe in Venezuela. Regelmässig sind jedoch die Erwartungen der Wähler enttäuscht worden. Hinzu kommt schließlich ein

Faktor, der sich mit rein rationalen Überlegungen und mit den Mitteln der politischen Kulturforschung nur teilweise ergründen läßt: Offenbar hat Chávez die Erwartungen der Venezolaner am unmittelbarsten angesprochen und zwar mit einer Empathie, wie sie in der Vergangenheit die AD als die Volkspartei (*partido popular*) des Landes besaß. Die antidemokratischen Züge im politischen Diskurs des Kommandanten spielen bei der Mehrheit der venezolanischen Bevölkerung keine Rolle oder werden nicht als solche empfunden. Als Ex-Militär scheint er vielmehr eine Verbindung von Ordnung und Veränderung anzubieten, die viele Venezolaner wünschen.

Die Einsicht in einige Wahlakten zeigt, daß Salas Römer in den Wohnvierteln der Mittel- und Oberschicht vorne lag, Chávez dagegen in den Vierteln der Marginalisierten und Armen die Mehrheit erringen konnte. Daß Chávez in Caracas, wo aufgrund der enormen Einkommensunterschiede die sozialen Gegensätze besonders deutlich sind, gewinnen würde, galt als ausgemacht. Bereits in zurückliegenden Wahlen hatte es in der Hauptstadt sog. Wahlphänomene gegeben, die allerdings im Rest des Landes nicht reüssieren konnten. Chávez erzielte hingegen auch in fast allen Einzelstaaten einen klaren Vorsprung.

Der gewählte Präsident hat in zahlreichen Interviews auf die Bedeutung seines Wahlsieges hingewiesen. Venezuela sei mit den Ergebnissen des 6. Dezember bereits im 21. Jahrhundert angelangt, ein historischer Abschnitt sei abgeschlossen. Gemeint ist damit die langjährige Dominanz von AD und Copei sowie der anderen Traditionsparteien, wobei sich die Ein- und Wertschätzung von Parteien durch Chávez letztlich wohl daraus ergibt, ob sie mit ihm zusammenarbeiten oder nicht. Seine Parteienkritik bezieht sich jedoch nicht allein auf einzelne Gruppierungen, sondern generell auf die politische Entwicklung seit 1958. An der demokratischen Phase kritisiert er neben der sozialen Ungleichheit vor allem, daß das Militär an den Rand gedrängt worden sei.

Bei der Interpretation des Wahlsieges kommt es zu gegensätzlichen Positionen: Für die Anhänger einer Geschichtsschreibung aus der Sicht der unteren Bevölkerungsschichten ist der Sieg von Chávez ein Fortschritt und der vorläufige Endpunkt einer Entwicklung, die mit dem Volksaufbruch gegen Pérez begann und sich über die „Erhebungen“ vom 4-F und 27-N bis zum Wahlsieg von Chávez fortsetzte. Da das alte politische System blockiert gewesen sei, habe es praktisch keinen anderen Weg gegeben. Mit Chávez ist erstmals ein Mann aus den unteren Bevölkerungsschichten in das höchste Staatsamt aufgerückt, der in seiner äußeren Erscheinung der Mehrheit der

Staatsamt aufgerückt, der in seiner äußeren Erscheinung der Mehrheit der Venezolaner entspricht. In ihm erkennen sich die Menschen wieder und erwarten die Veränderungen, die sie bereits bei den vergangenen Wahlen erhofft hatten.

Kritiker sehen ihn dagegen als gefährlichen Demagogen und Diktator im Wartestand. Sowohl in seinem Auftreten bei den Massenansprachen als auch in einigen seiner Reden und Interviews erinnert er nicht nur an bekannte Populisten, sondern auch an Mussolini und andere Führer des 20. Jahrhunderts. Von den Sympathisanten und Wählern wird dies rundweg abgestritten. Vergleiche mit Massenführern aus einem anderen Kontext seien zu weit hergeholt. Im übrigen habe sich Chávez in den letzten Jahren erheblich gewandelt. Solche Aussagen lassen sich bei der Lektüre seiner Reden und Interviews nicht bestätigen (Blanco Muñoz 1998). Nach wie vor wechselt er innerhalb kürzester Zeit die Positionen, ähnliches gilt für die Verwendung von Zahlen und Daten. In einem Einzelgespräch mit einem Journalisten tritt er anders auf als bei einer Pressekonferenz oder gar bei einem Auftritt vor seinen Anhängern. Die bei solchen Gelegenheiten an den Tag gelegten Fähigkeiten zeigen ihn als einen begabten Redner, der wie ein Chamäleon sein Erscheinungsbild wechselt.

## **8. Chávez' Amtseinführung und erste Regierungswochen**

Sein Amt als venezolanischer Staatspräsident trat Hugo Chávez mit einem Paukenschlag an, indem er den traditionellen Eid politisch-programmatisch ummünzte: „Ich schwöre auf diese todgeweihte Verfassung und werde der erste Präsident der Fünften Republik sein“. Er machte damit vor aller Welt deutlich – es waren schließlich mehr als zwanzig Staats- und Regierungschefs von überall her angereist –, daß er die „Neugründung“ der Republik als seine vordringlichste Aufgabe ansah, hinter der drängende Fragen wie die der wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen und Maßnahmen seiner Regierung zurückzustehen hatten.

Die damit erzeugte Aufbruchstimmung konnte Chávez in den ersten Wochen seiner Amtszeit aufrechterhalten, trotz wachsender finanzieller und wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Umfragen zufolge ist seine Popularität weiterhin sehr hoch, und eine überwältigende Mehrheit ist bereit, ihm über Kongreß und Justiz hinweg völlig freie Hand zu lassen, damit er die versprochenen, radikalen Reformen ohne Rücksicht auf die langwierigen parlamentarisch-demokratischen Entscheidungsprozesse durchführen kann. Inso-

fern hat sich ein umfassender Meinungsumschwung von der Bevorzugung einer Verhandlungs- und Konsensstrategie hin zur öffentlichen Akklamation eines von Chávez eingebrachten Ermächtigungsgesetzentwurfs vollzogen, das ihm faktisch unumschränkte Handlungsvollmacht einräumt in Politikbereichen wie Finanzordnung, Steuerrecht, Beamtendienstrecht, Energieversorgung, Konzessionsvergabe sowie der Agrarfinanzierung und im Tourismus. Das Ermächtigungsgesetz wurde nach relativ kurzer parlamentarischer Behandlung mit geringfügigen Änderungen vor Ostern 1999 verabschiedet.

Der Kongreß hatte in der Vergangenheit zwar praktisch allen Präsidenten gesetzgeberische Vollmachten für bestimmte Politikbereiche erteilt – aus der Überlegung heraus, die politischen Kosten ebenso unpopulärer wie unumgänglicher Maßnahmen auf den Staatspräsidenten abzuwälzen – aber nicht in der umfassenden, unverzüglichen und eher unkritischen Weise wie im Fall Chávez. Das kann als Hinweis dafür gewertet werden, daß die oppositionelle Mehrheit Zeit gewinnen und Konflikte vermeiden will, die ihr bis auf weiteres in der öffentlichen Meinung nur schaden. Ohnehin ist das Schicksal des Kongresses mit Blick auf die Verfassungsgebende Versammlung ungewiß; langwieriger Streit mit dem populären Präsidenten würde die gegenwärtige Schwäche des Parlaments nur verschlimmern.

Mit dem Ermächtigungsgesetz im Rücken könnte die Regierung Chávez die Stunde der Exekutive nutzen und eine fiskal-, wirtschafts- und sozialpolitische Strukturveränderung einläuten, deren Akzent aufgrund der hohen Vorablegitimation stärker auf ein sinnvolles Ineinandergreifen der verschiedenen Maßnahmen und die bewußte Planung ihres zeitlichen Ablaufs gelegt werden könnte. Aber weder die Zusammensetzung des Kabinetts noch die in den beiden ersten Monaten verkündeten Vorhaben der Regierung deuten in diese Richtung. Die Bestätigung der allseits anerkannten Finanzministerin der Vorgängerregierung, Maritza Izaguirre, beruhigte zwar die Finanzmärkte, ebenso wie die Ernennung des gemäßigten Partei- und Wahlkampforganisators des MVR und früheren Parlamentariers der inzwischen zur Bedeutungslosigkeit abgesunkenen linksliberalen URD, Luis Miquilena, zum Innenminister weitverbreitete Ängste vor einem Fundamentalistenregime im Bereich der inneren Sicherheit beschwor. Aber eine überzeugende Linie wurde nicht sichtbar, weder bei den personalpolitischen Entscheidungen noch bei dem geschichtsträchtig benannten und mit Pauken und Trompeten eröffneten

Sofortprogramm „Projekt Bolívar 2000“, das den Einsatz der Streikkräfte für zivile Aufgaben wie Straßen- und Gebäudereparaturen, medizinische Reihenuntersuchungen und Transportleistungen bis hin zum Gratishaarschnitt in Armenvierteln vorsieht.

Die Kabinettszusammensetzung spiegelt neben Konzessionen an das Gebot der Kontinuität und politischen Beruhigung vor allem drei Grundüberlegungen wider: Koalitionsarithmetik, Loyalitätsbelohnung und –sicherung sowie militärische Kontrolle über politisches Vertrauen. Aus koalitionsarithmetischer Sicht wurden MAS-Vertreter mit zwei wichtigen Portefeuilles betraut, nämlich dem zum Sozialministerium zusammengefaßten Arbeits- und Familienministerium und dem Ministerium für Industrie und Handel. Dem ersteren kommt bei der Erhaltung des sozialen Friedens eine Schlüsselrolle zu, während das letztere für die dringend notwendige Reaktivierung der Wirtschaft mitentscheidend ist.

Loyalitätsbelohnung und –sicherung als Auswahlprinzip dürfte für die Besetzung der politisch zentralen Positionen des Ministers im Präsidialamt (eine Art primus inter pares im Kabinett), des Verteidigungsministers, des Außenministers und des Landwirtschaftsministers im Vordergrund gestanden haben. Präsidialminister wurde der Journalist Alfredo Peña, der sich vor allem als Aufdecker von Korruptionsaffären einen Namen gemacht und Chávez mit wertvoller Wahlkampfmunition ausgestattet hatte. Zum Verteidigungsminister ernannte Chávez den allseits respektierten General Raúl Salazar, der Chávez während seiner Haft betreut hatte und vom Expräsidenten Caldera bei der ihm aufgrund seines Werdegangs traditionell zustehenden Besetzung führender militärischer Positionen übergegangen worden war; Salazar ist wegen seines untadeligen Rufs sicherlich ein Garant für Ruhe und Gefolgschaft im Militär. Außenminister wurde der als moralische Instanz der Nation angesehene Publizist José Vicente Rangel, der Chávez ebenfalls bereits im Wahlkampf unterstützt und sich durch seinen unablässigen Kampf gegen alle Formen der Korruption ausgezeichnet hatte. Die venezolanische Öffentlichkeit hat offenbar vergessen, daß seine (wie manche behaupten gekaufte) Stimme 1984 den damals im Kongreß unter Korruptionsanklage stehenden Ex-Präsidenten Carlos Andrés Pérez vor der Verurteilung bewahrte. Landwirtschaftsminister schließlich wurde der Agrarunternehmer Riera, ein Verwandter von Frau Chávez, der den Wahlkampf Chávez maßgeblich mitfinanziert hatte (s. hierzu Blanco Muñoz 1998).

Das politische Vertrauen in die Kabinettsmitglieder wird durch die Kontrolle einiger zu Vizeministern und leitenden Beamten berufenen Gefolgsleuten aus den Reihen des Militärs gefördert und gesichert. Die Führer des Militärputschs vom November 1992, Visconti und Gruber, wurden Vizeminister im Landwirtschaftsministerium bzw. Gouverneur des Bundesdistrikts (der vom Staatspräsidenten ernannt wird und Kabinettsmitglied ist). Der Minister für Transport und Kommunikation kommt aus den Streitkräften. Militärs übernahmen leitende Stellen im Finanz-, Transport- und Außenministerium, bei der Kriminalpolizei sowie den staatlichen Unternehmen einschließlich der Erdölgesellschaft. Der (zivile) Staatsschutz wurde durch den Einzug einer Truppe von mehreren hundert Soldaten militarisiert. Der Privatsekretär des Präsidenten ist Oberst und war am Putsch 1992 beteiligt; seine Verbindung mit den Putschisten fiel nicht auf, deshalb blieb er im Dienst und wurde auch regelmäßig befördert.

In diesem Zusammenhang ist auch zu vermerken, daß die Regierungspartei MVR sieben Abgeordnete und zwei Senatoren mit militärischem Hintergrund in den Kongreß brachte, ein Viertel ihrer parlamentarischen Vertretung; einer dieser beiden Senatoren wurde Kongreßpräsident. Die Stärke der „Militärfraktion“ stellt einen Rekord in der Geschichte des venezolanischen Kongresses dar.

Traditionell werden auch die diplomatischen Vertreter Venezuelas in den wichtigsten Partnerländern vom Staatspräsidenten handverlesen. Er selbst und sein Außenminister hatten zwar angekündigt, sie würden die leidige Praxis des Übergehens der Karrierediplomatie zugunsten der Ämterpatronage beenden, aber die ersten Benennungen – Paris, Brasilia, OAS, Santiago de Chile – entfielen dann doch auf Kampfgefährten ohne jede diplomatische Erfahrung; lediglich der Botschafterposten in Washington ging an einen ausgewiesenen Fachmann der Vorgängerregierung, der allerdings auch kein Karrierediplomat ist.

Der Aufrechterhaltung ihrer Popularität haben außer dem militärisch inspirierten Projekt Bolívar 2000 weitere Maßnahmen eher populistischen Charakters der Regierung Chávez gedient, z.B. eine Gehaltserhöhung im Öffentlichen Dienst, die Abschaffung von Dienstwagen und Mobiltelefonen in den Ministerien oder die Verteilung tausender Fertigmahlzeiten in Armenvierteln durch den Staatspräsidenten höchstpersönlich. Demgegenüber mangelt es bisher an richtungsweisenden Politikdefinitionen. Die Regierung hatte versprochen, ihr wirtschafts- und sozialpolitisches Aktionsprogramm umgehend vorzulegen. Nachdem der ursprünglich angekündigte Termin mehrmals

vorzulegen. Nachdem der ursprünglich angekündigte Termin mehrmals verschoben worden war, nutzte Chávez den Beginn der zweiten Halbzeit der üblichen 100-tägigen „Flitterwochen“ im März zu einem dreistündigen Redemarathon im Fidel-Castro-Stil vor mehreren hundert Vertretern der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – ungekürzt per Zusammenschaltung über sämtliche Fernseh- und Radiokanäle im ganzen Land verbreitet – das ebendiesem Aktionsprogramm gewidmet sein sollte. Vor einer verdrossen dreinblickenden alten und neuen Finanzministerin – sie ist ja bereits seit über einem Jahr für die venezolanischen Staatsfinanzen verantwortlich – beschrieb und beklagte Chávez weit ausholend das von ihm „ererbte“, schlimmste Desaster aller Zeiten im Finanzgebaren des Staates, welches ihm und seiner Regierung die Hände binde und wurde nicht müde, die Schuldigen dieser beklagenswertern Situation sowie die vierzig Jahre „pervertierter“ Demokratie insgesamt zu verdammen. Die mehr wahlkampf- als regierungsgemäße Philippika gegen „das System“ enthielt jedoch kein „Aktionsprogramm“, sondern lediglich einige Ankündigungen und Zieldefinitionen der Regierung, die jedoch an den Erfolg des politischen Programms der Neugründung der Republik – also der Verfassungsgebenden Versammlung – geknüpft wurden. „Ohne politischen Wandel ist kein Wirtschaftsprogramm möglich“, so Chávez. Im Vordergrund stehe die Sanierung der Staatsfinanzen, die Ankurbelung der Produktion, die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Vorantreiben der Verfassungsgebenden Versammlung. Neben wenigen begrüßenswerten, konkreten Politikmassnahmen wie der Privatisierung der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Teilprivatisierung der verlustreichen Aluminiumindustrie gab Chávez vor allem makroökonomische Ziele seiner Regierung bekannt, äußerte sich aber nicht zu den Mitteln, mit denen er sie zu erreichen plant. So soll z.B. die Inflation 1999 auf 20-24% und im Jahr 2000 auf 10-15% gedrückt, das Wirtschaftswachstum nach einer Stagnation 1999 im Folgejahr 2% erreichen und die Arbeitslosigkeit 1999 auf 12 und 2000 auf 10% vermindert werden. Die Zinsen sollen fallen, und die zusätzlichen Erdöleinnahmen aus einem Weltmarktpreis des venezolanischen Angebots von über US\$ 9 pro barrel sollen einem Stabilisierungsfonds zugeführt werden.

Dieselben Ziele wurden bereits im Rahmen der Agenda Venezuela der Regierung Caldera vor beinahe drei Jahren angekündigt. Solange der Erdölpreis bei etwa 15 Dollar/barrel lag, schienen diese Ziele auch durchaus erreichbar. Mit dem Sinken der Preise unter die 10-Dollar-Marke brach der schöne Plan ein. Wie Venezuela solche Ziele in

einem Niedrigpreisszenario auf dem Welterdölmarkt dennoch erreichen könnte, wurde damals weder gedacht noch gesagt. Auch Chávez' Programm sagt dazu nichts.

In seiner unendlichen Rede forderte Chávez auch venezolanische Anleger im Ausland und ausländische Investoren auf, die Gunst der Stunde und seines Programms zu Anlagen in Venezuela zu nutzen, denn „sie müssen sich nicht davor fürchten, daß wir sie enteignen“. Solche Appelle zeitigen aber nur dann Erfolg, wenn die Präferenzen der Regierung klar, die Rechtssicherheit garantiert und die Bedingungen vorteilhaft sind; in einem völlig offenen verfassungsgebenden Prozeß ist das kaum zu erwarten. Allein die von Chávez postulierte Sequenz politischer Wandel, dann planvolle wirtschaftliche Entwicklung macht seinen Appell unglaubwürdig. Sein Kalkül könnte aber aufgehen, wenn eine günstige Ölpreisentwicklung ihm den erforderlichen sozialen Ausgleich erleichtert, während die Verfassungsgebende Versammlung die zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen festlegt. Ein unter solchen neuen Bedingungen möglicherweise induzierbarer wirtschaftlicher Aufschwung könnte dauerhaft sein. Dazu benötigt die Regierung Zeit und Geduld seitens der Bevölkerung.

Ob die von Chávez favorisierten und mehrheitlich auf Chávez setzenden „Ausgeschlossenen“ des Systems aber diese Geduld aufbringen, ist fraglich. Schon gibt es im ganzen Land Mobilisierungen für Lohnsteigerungen und gegen geplante Tariferhöhungen der öffentlichen Dienste. Geduld und Zeit haben vor allem die Tausende von Land- und Hausbesetzern nicht, die in einer keineswegs irrigen Interpretation der Reden des Staatspräsidenten vor und nach seiner Wahl darauf hoffen, ihre gewaltsamen Vereinnehmungen öffentlicher und privater Immobilien würden nicht nur nicht geahndet – bisher trifft das zu – sondern im Gegenteil durch bevorzugte Zuweisung von Wohnungen und Grundstücken belohnt. Die „Invasionen“ haben in mehreren Bundesstaaten für Unruhe gesorgt, nicht nur bei Großgrundbesitzern, sondern auch bei Bauern, Wohnungs- und Grundstückseigentümern, die jenen „Ausgeschlossenen“ schichtenspezifisch näher sind als den verdammungswürdigen „gewissenlosen Gruppen“ der Gesellschaft. (Chávez in seiner programmatischen Rede vom 25. März 1999).

## **9. Die Diskussion um die Verfassungsgebende Versammlung und die „Neugründung der Republik“**

Die Vorstellungen der Chavisten über die Constituyente blieben lange Zeit im Ungewissen. So war einmal davon die Rede, daß es sich dabei um ein Gremium von 100 Personen aus allen Regionen des Landes handeln sollte. Die Constituyente wurde als ein Mittel zum Wiederaufbau des Landes bezeichnet. Für Chávez stellt sich die Lage folgendermaßen dar: Weil sich Venezuela in einer „historischen Katastrophe befindet und keine reale Demokratie herrscht“, müsse die Demokratie neu begründet werden (EN 10.10.98).

In einem Text mit dem Titel „Über die Notwendigkeit einer verfassungsgebenden Nationalversammlung“ (Pottella/Decarli 1998) wird auf die Notwendigkeit einer „Transformation und Erneuerung unseres Staates“ hingewiesen. In dem schmalen Heftchen werden die Begriffe verfassungsgebende Versammlung, Nation, Regierung und Nationalstaat erläutert und die Grundlagen „einer demokratischen, patriotischen, bolivarianischen und populären Republik“ skizziert. Die Autoren unterschreiben das Vorwort mit dem Wort „Los Compatriotas“. Im Text wird die neu zu begründende V. Republik von der bestehenden IV. Republik abgesetzt. Eine Kamarilla aus AD, Convergencia, MAS und Copei habe die Ausbildung des Landes an die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank und den Internationalen Währungsfond verschenkt. Sie würden die Geschichte verneinen und sogar die Polizisten mancher Wohngebiete in „einsame Reiter“ verkleiden, die – gemeint ist die von Irene Sáez in dem Stadtteil Chacao eingeführte Polizei – Helme aus dem südafrikanischen Apartheidstaat tragen müßten (13). In einem „venezolanischen Wunder“ hätten die herrschenden Kreise die Erdölrente verbraucht und ein Land voller Armen geschaffen. Aber das Vaterland könne nicht sterben, deshalb sei die verfassungsgebende Nationalversammlung erforderlich. Wer gehört zur Poliarchie des Landes? Politiker und alle Parteien, die Gewerkschaften, die Ökonomen, das Militär und der hohe Klerus. In Übereinstimmung mit dem General des souveränen Volkes, Ezequiel Zamora, gelte es, die Ablehnung der Oligarchie (*horror a la oligarquía*) durchzusetzen (18). Dazu soll u.a. die Wiederwahl von Abgeordneten, Gouverneuren, Ratsherren und der Gemeindevertreter dienen. Inspiration wird aus dem „bolivarianischen Geist“ erhofft. Gedacht sei nicht an eine modernisierende Diktatur, sondern an die Partizipation der Bürger auf dem Weg zu einer V Republik.

Der Weg ist so nicht in der Verfassung vorgesehen, der Entwurf mithin bedenklich. Der Präsident der Republik soll die Auflösung des Kongresses, des Obersten Gerichtes und des Justizwesens verfügen. Da die venezolanische Verfassung aus dem Geist des Kalten Krieges und - so die Autoren - unter dem Eindruck der erfolgreichen Kubanischen Revolution entstanden sei, ließen sich Änderungen nur schwer vornehmen, allerdings eröffne Art. 4 Möglichkeiten für ein Referendum. Die verfassungsgebende Nationalversammlung soll dann aus 150 Mitgliedern bestehen, von denen 90 direkt gewählt werden und die restlichen 60 aus Institutionen hervorgehen sollten. Nach einer solchen Wahl soll sie dann die Aufgaben des Kongresses übernehmen, darüber hinaus sollen eine Reihe von Gremien aufgelöst bzw. neu besetzt werden u.a. der CNE, die Procuraduría und Contraloría, die Zentralbank und PDVSA. Bestehende Verträge seien zu überprüfen u.a. deshalb, weil sie unter irregulären Bedingungen zustande gekommen und nicht in spanischer Sprache verfaßt worden seien. Auch in den Bundesstaaten soll die bisherige Legislative aufgelöst, ihre Funktion von den Gemeinderäten und Munizipien übernommen werden. An die Stelle des Senats und der Regionalparlamente soll eine einzige Kammer treten.

Die „moralische Gewalt“ (*Poder Moral*), eine Idee von Bolívar, soll die Erziehung planen und durchführen. Diesem Gremium sollen Mitglieder des Universitätsrates, der Journalisten und weitere Repräsentanten des öffentlichen Lebens angehören. In Zukunft könne der Poder Moral auch gewisse Aufgaben der Justiz übernehmen (31).

Teile des Textes und der in der Bibliographie aufgeführten Texte zeigen Unkenntnis des liberalen Rechtsstaates und ein nationalistisch-antiimperialistisches Verständnis von Politik. Zwar handle es sich um gewagtes Unterfangen, aber die Auflösung der Sowjetunion und der Wandel in Südafrika würden zeigen, welche Veränderungen möglich seien.

An Kritikern an der Idee einer Constituyente hat es schon im Wahlkampf nicht gefehlt. Es sei nicht die Schuld der Verfassung, wenn das Gesundheitssystem nicht funktioniere und der Staat 1.4 Millionen öffentliche Angestellte habe, erklärte der ehemalige Generalprokurator (Oberster Prozessbevollmächtigter des Staates) Nelson Socorro (EN 3.9.98). Wer das Gesetz und die Verfassung modifiziere, der habe damit noch keine Veränderung der Mentalität der Venezolaner erreicht.

Der Politiker und ehemalige Präsidentschaftskandidat Eduardo Fernández kritisierte den „infantilen Radikalismus“ von Hugo Chávez. So lange der Wahlkampf anhalte, würden keinerlei Investitionen erfolgen, erst müsse geklärt werden, ob Venezuela „ein moderner Staat oder eine Sowjetrepublik“ sein wolle (EN 3.9.98).

Im Wahlkampf wurden in Umfragen danach gefragt, ob innerhalb der Bevölkerung eine Präferenz für einen starken Mann vorhanden sei. Auf eine Frage der Weltwertestudie von 1996 (Brauchen wir einen starken Mann, der nicht auf den Kongreß und die Wahlen Rücksicht nehmen muß?) antworteten 67% ablehnend und nur 28% zustimmend. Im September 1998 wurde diese Frage in Venezuela von Datanálisis/El Universal wiederholt und ergab bei 71% Ablehnung und nur bei 27% Zustimmung. 1996 waren 70% gegen einen Militärputsch, 25% hätten einen solchen für gut befunden; 1998 war die Verteilung 72% zu 27%. Selbst unter den potentiellen Wählern von Chávez befürworteten demnach „nur“ 45% einen Staatsstreich (EU 13.10.98).

Auch nach der Parlamentswahl sprach sich eine deutliche Mehrheit (60%) für schrittweise Reformen aus, während ein Fünftel (21%) keinen Reformbedarf sah und nur etwa jeder zehnte (13%) revolutionäre Veränderungen befürwortete (Encuesta Preelectoral 98). Diese Proportionen hatten sich im Vorfeld des Referendums über die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung (März 1999) dahingehend verändert, daß nunmehr nur noch jeder zehnte (11%) keinen Reformbedarf sah, fast ein Viertel (23%) sich für revolutionäre Änderungen aussprach und weiterhin knapp zwei Drittel (63%) schrittweise Reformen befürworteten. Andererseits meinten fast alle (91%), die Zukunftsentscheidungen sollten durch Konsens getroffen werden, aber immerhin zwei Drittel (68%) waren dafür, den Kongress aufzulösen, wenn er sich der Regierung Chávez widersetzen sollte (Encuesta Postelectoral 99).

An der Volksbefragung zur Verfassungsgebenden Versammlung wollten 70% der wahlberechtigten Venezolaner teilnehmen; tatsächlich erreichte die Beteiligung dann am 25. April nur etwa 38 Prozent, von denen sich allerdings fast alle für die Einberufung der Versammlung (90%) und die vom Staatspräsidenten vorgeschlagenen Richtlinien (82%) aussprachen.

Die Verfassungsgebende Versammlung ist im politischen Diskurs und in der Vorstellung der Venezolaner zu einer Art Allheilmittel geworden: zwei Drittel (66%) glauben, sie werde die Probleme des Landes lösen und ihr Leben verbessern (Encuesta Postelec-

toral 99). Praktisch alle Organisationen, Gruppen, Gremien und Interessenvertretungen sind mit der Aufstellung von Wunschlisten beschäftigt, die an die Versammlung weitergereicht werden sollen.

Die Verfassungsgebende Versammlung hat einerseits die Wähler beruhigt; man setzt alle Hoffnungen auf sie und ist bereit, bis zu den erhofften Lösungen Geduld aufzubringen. Andererseits bringt sie aber auch erhebliche Unruhe ins System, weil keine Agenda diskutiert wird und daher niemand weiß, welche Richtung sie einschlagen wird. Die Wirtschaft reagiert mit Abwarten, potentielle Investoren ebenso. Den Daten für das erste Quartal zufolge schrumpft die Wirtschaft, wächst die Arbeitslosigkeit und ist ein erhebliches Loch im Staatshaushalt zu erwarten. Positiv ausgewirkt hat sich die Entscheidung der Regierung, einer weiteren Erdölproduktionskürzung im Rahmen der OPEC zuzustimmen, denn die Weltmarktpreise zogen an und ermöglichten eine weniger drastische Variante der überfälligen Einschnitte in den Haushalt und des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms.

Die Grundlagen für die Wahl der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung und deren Zusammentreten wurden in der Volksbefragung bestätigt:

- Die Versammlung wird 131 Mitglieder haben, davon drei – bereits vor der Volksbefragung nach „eigenen Traditionen“ benannte – Vertreter der Indiovolker.
- In einem nationalen Wahlkreis werden 24 Mitglieder nominal gewählt (der Wähler hat hier bis zu 10 Stimmen), die übrigen werden durch Nominalwahl in Länderwahlkreisen bestimmt, auf die je nach Bevölkerungsstärke zwischen 2 und 13 Mitglieder entfallen (hier hat der Wähler so viele Stimmen wie Vertreter zu wählen sind).
- Für die Kandidatur sind dem Obersten Wahlrat die Unterschriften von wenigstens 0,5 Prozent der eingeschriebenen Wähler des jeweiligen Wahlkreises vorzulegen; beim nationalen Wahlkreis wurde die Unterschriftenzahl auf 20.000 festgelegt.
- Die Mitglieder der Versammlung dürfen keine andere Tätigkeit ausüben und müssen in Venezuela geboren sein (eingebürgerte Staatsbürger sind ausgeschlossen).
- Minister, Gouverneure, Bürgermeister und Parlamentarier dürfen nur kandidieren, wenn sie vorher auf ihr Amt bzw. Mandat verzichten.
- Die Versammlung gibt sich nach ihrer konstituierenden Sitzung frei ihre Statuten; während ihrer Beratungen gilt die derzeitige Verfassung von 1961.
- Die Versammlung ist auf ein halbes Jahr terminiert.

- Die neue Verfassung ist innerhalb von dreißig Tagen nach ihrer Verabschiedung dem Volk in einer Volksbefragung zur Bestätigung vorzulegen; sie gilt als angenommen, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die der Nein-Stimmen übertrifft.

Für die Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung ist der 25. Juli 1999 vorgesehen.

## 10. Ausblick

Mit der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes (*Ley Habilitante*) verfügt Chávez über ein Instrument, das ihm während des verfassungsgebenden Prozesses ein Regieren ohne Rücksicht auf den Kongreß ermöglicht. Zentrale Aufgaben und Vorhaben, die von der Regierunginitiative abhängen und normalerweise der Billigung bzw. Kontrolle des Kongresses unterliegen, werden der Exekutive überlassen:

- Reform des Organgesetzes (Verfassungsgesetzes) der Öffentlichen Verwaltung und des Öffentlichen Dienstrechts
- Übertragung der Zuständigkeit für die dem Präsidialsekretariat unterstellten Organe und Körperschaften
- Änderung der Organgesetze zum Haushaltswesen, zum Finanznotstand und zum Zollwesen
- Einführung einer Steuer auf Scheckzahlungen und Überweisungen
- Abschaffung der Großhandelssteuer und deren Ersatz durch eine Mehrwertsteuer
- Reform der Lohn- und Einkommenssteuer, der Erbschaftssteuer, der Schenkungssteuer und der Gebührenordnung
- Änderung der Gesetze über Tourismus, Grundbuch- und Justizgebühren sowie Konzessionsvergabe für Öffentliche Dienste und Einrichtungen
- Dekretierung von Vorzugskrediten für die Landwirtschaft
- Dekretierung von Regelungen für die Energieversorgungsunternehmen
- Dekretierung von Rechtsnormen für den Bergbau.

Mit diesen Vollmachten ausgestattet könnte Chávez die Zeit gewinnen und Geduld erkaufen, die er für den Verfassungsgebenden Prozeß benötigt. Der Kongreß hat sich mit seiner Verabschiedung auf ein gefährliches Terrain begeben und dafür auch bereits von höchster Stelle die Bestätigung erhalten, sofern er sich nicht ohnehin dessen bewußt war. In einem Treffen mit MVR-Parlamentariern sprach Chávez seine Überzeugung aus, der Kongreß habe nach Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes kaum noch Bedeu-

tung, deshalb sollten die Parlamentarier ihre Mandate aufgeben und sich um die Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung bemühen (EU 31.3.1999).

Insgesamt ist unklar, welche Funktion und Legitimität die übrigen Staatsorgane haben werden, wenn die Verfassungsgebende Versammlung einberufen ist. Während das Regierungsbündnis Patriotischer Pol und einige Intellektuelle meinen, die Versammlung sei absolut souverän und originär konstituierend, könne also alle konstituierten Organe aufheben, auch mit sofortiger Wirkung, hat der Oberste Gerichtshof in der Entscheidung zu einer Klage gegen die von Chávez in sein Dekret zum Referendum über die Einberufung der Versammlung aufgenommene Frage, ob die Bürger die Regelung aller Einzelheiten dem Staatspräsidenten überlassen klargestellt, die Grundlagen der Wahl der Versammlung müßten offengelegt werden. Außerdem gelte die derzeitige Verfassung bis zur Annahme einer neuen durch das Volk.

Offenbar haben die unzähligen Verweise auf die „Constituyente“ als Lösung aller Probleme deren Attraktivität gemindert. Zwar ist nach wie vor eine Mehrheit für die Verfassungsgebende Versammlung, aber diese Mehrheit ist nicht ohne weiteres mobilisierbar, selbst für den populären Staatspräsidenten. Anders ist kaum zu erklären, warum sich das Regierungsbündnis und Chávez so vehement dagegen wehren, zur Legitimation der Einberufung einer Constituyente eine Mindestbeteiligung einzufordern.

Nach der Volksbefragung hat bereits eine ganze Reihe von Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft ihre Absicht erklärt, für die Verfassungsgebende Versammlung zu kandidieren und, soweit sie Mandate innehaben, diese niederzulegen. Darunter sind z.B. der Fraktionsvorsitzende der AD im Abgeordnetenhaus, Henry Ramos Allup, der frühere Innenminister der Regierung Caldera, Ramón Escovar Salom, der Gouverneur des Bundesstaats Apure (AD), José Gregorio Montilla oder der im Präsidentschaftswahlkampf unterlegene Henrique Salas Römer.

Eine heftig diskutierte Frage bezieht sich auf die Form der Persönlichkeitswahl für die „Constituyente“. Während Chávez noch in seinem Wahlkampfprogramm jegliches politische Mandat der Mitglieder von Seiten einer Partei bzw. Gruppe strikt ablehnte, setzt seine Partei MVR inzwischen auf eine klare Parteidentifikation der Bewerber, um ihre derzeitige Popularität in eine deutliche Beherrschung der Versammlung umzumünzen. Sie verlangt die Identifikation der Kandidaten auf dem Wahlzettel mit dem Symbol der sie postulierenden Partei bzw. Gruppe, damit „der Wähler die Befürworter eines

radikalen Wandels von dessen Gegnern unterscheiden kann“ (El Universal, 5.5.1999). In gleicher Weise übernahm der Patriotische Pol die vorher scharf kritisierte Praxis der Altparteien, Kandidaturen im engen Führungszirkel hinter verschlossenen Türen festzulegen. So sollen z.B. die regionalen Parteileitungen dem Parteivorstand ihre Vorschläge vorlegen, die dann „mit dem Präsidenten abgestimmt“, also von Chávez handverlesen werden soll. Damit soll die absolute Loyalität der Mitglieder der Versammlung gesichert werden, denn Chávez will ja nicht irgendeine neue, sondern seine Verfassung.

Eine von kompromißlosen Chávez-Gefolgsleuten beherrschte „Constituyente“ erschwerte nicht nur die Verständigung über die Leitlinien der neuen Verfassung, sondern könnte auch Rückhalt in der Bevölkerung verlieren, die ja – wie bereits dargelegt – Toleranz gegenüber dem politischen Gegner und Konsens vorzieht. Die neue Verfassung wäre dann nicht auf einem gesellschaftlichen Grundkonsens aufgebaut, sondern von einer avantgardistischen Elite mit plebiszitär-populistischen Mitteln verordnet. Ihr Schicksal und ihre Reichweite wären unweigerlich an die chavistische Konjunktur geknüpft. Demgegenüber könnte eine konsensorientierte Versammlung der venezolanischen Demokratie eine solidere und auf längere Sicht angelegte Grundlage verschaffen. Der Grad an Unabhängigkeit, den sich ihre Mitglieder zu verschaffen vermögen – es ist ja nicht völlig auszuschließen, dass ihr Selbstwert angesichts ihrer Verantwortung wächst - wird darüber entscheiden, welchem der beiden Extreme des Kontinuums zwischen Grundkonsens und Dauerkonflikt die Versammlung nahekommt.

Wie ist die Wahl im lateinamerikanischen Kontext einzuschätzen? Die meisten Lateinamerikaforscher in den USA und Europa konstatieren in den 90er Jahren einen Trend zur Konsolidierung der Demokratie und zur Ausbreitung einer Zivilgesellschaft. Trotz entsprechender politischer Reformen ergibt sich indessen ein widersprüchliches Bild: Nach wie vor verläuft die Regierungspolitik in einigen Ländern stark nach personalistischen Mustern. Ein Sonderfall ist Kuba, wo Castro seit 40 Jahren herrscht. In Staaten wie Argentinien, Brasilien und Peru, die in den 80er Jahren zur Demokratie zurückkehrten, hat es bereits Verfassungsänderungen und Verlängerungen der Amtszeit von Präsidenten gegeben. In Bolivien regiert mit Banzer ein demokratisch gewählter Ex-Diktator, bei Fujimori in Peru ist ungewiß, ob er nicht eine dritte Amtsperiode anstrebt. In traditionellen Demokratien wie Chile, Costa Rica oder Kolumbien regieren oder regierten mit

Frei, Figueres und Pastrana gewählte Präsidenten, deren Väter bereits dieses Amt innehatten.

Auffallend ist das Auftauchen von Neo-Populisten, nachdem der Populismus bereits als Geschichte galt. Einige der Neo-Populisten haben nach dem Regierungsantritt schnell ihre Versprechungen ad acta gelegt und - wie Menem in Argentinien - eine liberale Wirtschaftspolitik betrieben. Andere - wie der in Ecuador gewählte Bucaram, alias „el loco“ - mußten vorzeitig das Amt abgeben. Der Aufstieg von Chávez ist für die 90er Jahre insofern erstaunlich, weil er zunächst als Insurgent nach der Macht griff und sie sechs Jahre später mit Hilfe eines mittlerweile entstandenen Chávez-Mythos und eines national-revolutionären Diskurses in freien Wahlen erreichte.

Die Auswirkungen der Wahl für Lateinamerika sollten aber nicht überbewertet werden, zumal die Krise in dem ölreichen Venezuela zu einem erheblichen Teil selbstverschuldet ist. Trotz der in den letzten drei Jahrzehnten erzielten Ölexporterlöse von über 300 Mrd. Dollar haben es die dortigen Regierungen nicht vermocht, den Lebensstandard der Mehrheit nachhaltig zu verbessern. Schon 1996 wurden die Guthaben von Venezolanern im Ausland auf zirka 100 Mrd. Dollar geschätzt, während im Inland Rechtsunsicherheit und Korruption die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten beeinträchtigen. Zumindest was die zivil-militärischen Beziehungen angeht, könnten die Ereignisse in Venezuela jedoch Nachahmer in anderen lateinamerikanischen Ländern finden. Denn die Streitkräfte waren in den letzten Jahren stark von Kürzungen betroffen, was Nationalisten gerne auf die US-Politik zurückführen. In Umfragen bekennt sich die Mehrheit der Lateinamerikaner zur Demokratie, sie äußern jedoch auch den Wunsch nach starker Führung. Von daher ist mit Blick auf die Konsolidierung der Demokratie in einzelnen Staaten durchaus ein Fragezeichen angebracht.

## Literaturverzeichnis

- Asher, Herbert 1992: *Polling and the Public*, Washington
- Alvarez, Tulio Alberto 1998: *La Constituyente. Todo lo que usted necesita saber*, Caracas
- Blanco Muñoz, Augustin 1998: *Habla el comandante*, Caracas
- Bodemer, Klaus und Detlef Nolte 1999: *Politischer Umbruch in Venezuela. Der Wahlsieg von Hugo Chávez und seine Folgen, Brennpunkt Lateinamerika 01-99*
- Burbano de Lara, Felipe (Hg.) 1998: *El fantasma del populismo. Aproximación a un tema (siempre) actual*, Caracas
- Caballero, Manuel 1998: *La crisis de la Venezuela contemporánea (1903-1992)*, Caracas
- Canache, Damarys/Kulisheck Michael R. (Hg.) 1998: *Democracy and Political Change in Venezuela, Westport und London*
- Catalá, José Augustín (Hg.) 1998: *Golpes militares en Venezuela 1945 - 1992*, Caracas
- Chávez Frías, Hugo (Präsentation) 1996: *Agenda Alternativa Bolivariana. Una Propuesta Patriótica para salir del Laberinto*, Caracas
- CONICIT (1998), *Encuesta nacional pre-electoral (noviembre)*, Caracas
- Consejo Nacional Electoral (CNE) 1998, *Revista del CNE, No.3, Nov.*, Caracas
- Consejo Supremo Electoral (CSE) 1993, *Estadísticas electorales*, Caracas
- El Universal (1999), *Censo de congresantes, 17.-23. Januar*, Caracas
- Gomez Garcia, Humberto 1998: *Hugo Chávez Frías. Del 4 de Febrero a la V República*, Los Teques
- Grüber Odremán, Hernán 1996: *Antecedentes historicos de la insurrección militar del 27 -N- 1992. Por el honor de las armas*, Caracas
- Grüber Odremán, Hernán 1996: *San Carlos. Prision militar*, Caracas
- Gran Enciclopedia de Venezuela 1998: *Bd.4*, Caracas
- Keller, Alfredo 1988: *La opinión pública en la camapaña de 1983*, in: M.V. Magallanes (Hg.), *Innovación democrática, mitos políticos y organización electoral*, Caracas
- Lander, Luis E. und Margarita López Maya 1999: *Venezuela. La victoria de Chávez. El Polo Patriótico en las elecciones de 1998*, in: *Nueva Sociedad* 160, 4-19
- Lingenthal, Michael 1999: *Venezuela nach den Wahlen. Vor einer ungewissen Zukunft*, in: *KAS/Auslandsinformation* 03/99, 63-81
- Machillanda, José 1993: *Cinismo político y golpe de estado*, Caracas
- Machillanda, José 1996: *Nuevo intervencionismo. La desmilitarización en el continente*, Caracas
- Márquez, Gabriel García: *Wundersame Wendungen. Hugo Chávez, der neue Präsident von Venezuela*, in: *FAZ*, 20.2.1999, Nr. 43, III
- Masur, Gerhard 1949: *Simon Bolivar und die Befreiung Südamerikas*, Konstanz
- Miguel Rondón, César 1998: *País de estreno. 37 entrevistas antes que el destino nos alcance*, Caracas
- Molina Vega, Jose Enrique 1991: *El sistema electoral Venezolano y sus consecuencias politicas*, Valencia
- Müller Rojas, Alberto 1997: *Refundar la República*, Los Teques
- Myers, David 1973: *Democratic Campaigning in Venezuela*, Caracas
- Parlatino/IRELA (Hg.) 1997: *Manual de los partidos políticos de America Latina*, Madrid
- Penniman, Howard R. (Hg.) 1980: *Venezuela at the Polls*, Washington
- Pottella, Luis A./Decarli, Humberto 1998: *Para que una asamblea nacional constituyente*, Caracas
- República de Venezuela 1988: *Evolución de la bandera de Venezuela 1797-1930*, Folleto elaborado por Major (ej.) Hugo Chávez Frías, Caracas
- Rodríguez-Valdes, Angel 1992: *Los rostros del golpe*, Caracas
- Sabato, Larry 1988: *Las encuestas, mito o verdad*, in: *Viernes* Nr. 60/1988, Caracas

- Sant Roz, José 1998: Los verdaderos golpistas, Mérida
- Schulz, Wolfram 1997: Parteiensystem und Wahlverhalten in Venezuela: Entstehung und Verfall eines Zweiparteiensystems, Wiesbaden
- Subero, Carlos 1998: Medios para la democracia y procesos electorales, Caracas: Federacion Internacional de Periodistas
- Vilda, Carmelo 1997: Proceso de la cultura en Venezuela III Siglo XX, Caracas: Centro Gumilla
- Welsch, Friedrich 1988: Una lectura analítica de las encuestas, in: Viernes Nr. 60/1988, Caracas
- Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus 1990: Venezuela. Wahlen und Politik zum Ausgang der 80er Jahre, Freiburg
- Dieselben 1994: Venezuela: Die Wahlen vom Dezember 1993 und der Beginn der zweiten Amtszeit Caldera, in: Lateinamerika. Analysen - Daten - Dokumentation 11(1994) 25/26, 155-165
- Werz, Nikolaus 1982: Parteien, Staat und Entwicklung in Venezuela, München
- Werz, Nikolaus 1999: Caudillismo in Venezuela, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 44. Jg., Nr. 3, 288-292
- Zago, Angela 1998: La Rebelión de los Angeles. Reportaje. Los Documentos del Movimiento, Caracas

### **Abkürzungsverzeichnis**

AD	Acción Democrática
CNE	Consejo Nacional Electoral
CSE	Consejo Supremo Electoral
CONICIT	Consejo Nacional de Ciencia y Tecnología
Copei	Comisión de Organización Político-Electoral Independiente
EM	El Mundo
EN	El Nacional
EU	El Universal
ICC	Independientes con el Cambio
LCR	La Causa Radical
MAS	Movimiento al Socialismo
MBR	Movimiento Bolivariano Revolucionario
MEP	Movimiento Electoral del Pueblo
MVR	Movimiento Quinta República
ODCA	Organización Demócrata Cristiana de América
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries
PPT	Patria Para Todos
SI	Sozialistische Internationale
UCV	Universidad Central de Venezuela
URD	Unión Republicana Democrática
USB	Universidad Simón Bolívar

## **Lieferbare Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“:**

- Heft 1**            Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien  
(Jürgen Rüländ, 1994)
- Heft 2**            Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien  
(Christian Wagner, 1995)
- Heft 3**            Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995. Stellungnahmen argentinischer  
Wissenschaftler und Politiker aus Anlaß des Symposiums „Argentinien – Poli-  
tik, Kultur und Außenbeziehungen“ vom 30.6. - 2.7.1995 in Rostock  
(Peter Birle / Nikolaus Werz, 1995)
- Heft 4**            Wirtschaftspartner Asien: Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der  
Suche nach neuen Märkten. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung  
(Jost Bandelin / Gerald Braun / Jürgen Rüländ, 1995)
- Heft 5**            The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship?  
(Jürgen Rüländ, 1996)
- Heft 6**            Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern  
(Nikolaus Werz / Jochen Schmidt, 1996)
- Heft 7**            Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien  
(Christian Wagner, 1997)
- Heft 8**            Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Situation von Frauen in  
Mecklenburg-Vorpommern  
(Conchita Hübner, 1997)
- Heft 9**            Canada's Asia Pacific Policy on the Eve of the APEC-Summit 1997  
(Martina Zellmer-Bjick, 1997)
- Heft 10**          Vom Feindbild zur Armee der Einheit - Die Bundeswehr der Einheit aus der  
persönlichen Sicht von zwei betroffenen Soldaten  
(Falko Brinner / Michael Storck, 1998)
- Heft 11**          Tourismus und Tourismuskonzepte in Mecklenburg-Vorpommern  
(Johann-Friedrich Engel, 1999)
- Heft 12**          Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela  
(Friedrich Welsch / Nikolaus Werz, 1999)